Dienstag, 17. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 14

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Inzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26. Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6. Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Chamberlain reist nach Warschau

TU. Warschau, 16. Januar. Wie zuverlässig verlautet, wird der englische Außenminister Chamberlain im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die Probleme des Ostens kennen zu lernen und mit dem Marschall Pilsudski sowie mit den polnischen Regierungsstellen persönlich Fühlung zu nehmen.

Diese Reise Chamberlains zeigt, daß der englische Außenminister mit unverminderter Aktivität seine Pläne gegen die Sowjetunion weiter verfolgt. Seine Besprechungen mit Pilsudski werden ganz zweifellos auch das Verhältnis Polens zur Sowjetunion berühren. Diese Reise Chamberlains hat einen durchaus kriegerischen Charakter, darüber kann keine noch so harmlose Erklärung hinwegtäuschen.

Länderkonferenz in Berlin

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 17. Januar.**

Gestern wurde in der Reichskanzlei die sogenannte Länderkonferenz eröffnet. Zur Begrüßung hielt Reichskanzler Marx eine seiner üblichen nichtssagenden Reden. Bürgermeister Petersen hielt das erste Referat, Staatspräsident Bazille eine Art Korreferat. Gemeinsam war bei beiden Rednern die Forderung nach Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten. (!) Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die plötzlich von der Bourgeoisie mit solch verdächtigem Eifer betriebene „Vereinheitlichung des Reiches" nur eine Kulisse ist, hinter dem das Scharfmachertum seine Position verbessern will. Petersen setzte sich für die unbedingte Erhaltung Preußens bis zur Verwirklichung des Einheitsstaates ein. Bazille forderte Rückkehr zu den Verfassungsverhältnissen vor dem 9 ovember 1918.

IGB. hinter verschlossenen Türen

Berlin, 17. Januar. Gestern vormittag trat im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Vorstand des „Internationalen Gewerkschaftsbundes" zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen. Anwesend waren Jouhaux von Frankreich, Mertens von Belgien, Madsen von Dänemark, Tayerle von der Tschechoslowakei, Leipart von Deutschland und als Sekretär des Amsterdamer Büros Sassenbach.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu: „Die Verhandlungen sind natürlich nicht öffentlich und dürften hauptsächlich der Vorbereitung der morgen vormittag beginnenden Ausschußsitzung dienen, an der auch die internationalen Berufssekretäre teilnehmen werden."

Nun beginnt also hinter den Kulissen die Schieberei zur Besetzung des Internationalen Sekretärpostens und zur Bestimmung des neuen Sitzes des Sekretariats. Gleichzeitig werden in den vertraulichen Besprechungen jene Maßnahmen beraten, die auf einen verschärften Kampf gegen die wachsenden Linksströmungen in den internationalen Gewerkschaftsorganisationen und die rücksichtslose Bekämpfung jeglicher Verbindungen mit den Sowjetgewerkschaften hinzielen.

Zentrumsminister Brauns gegen ein Wohnungsbauprogramm

In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 16. Januar wurde die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand der Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen". Lipinski (SPD.) beantragt ein Wohnungsbauprogramm auf zehn Jahre. Der Reichsarbeitsminister polemisiert gegen diesen sozialdemokratischen Antrag. Die kommunistische Fraktion brachte folgende Entschließung ein:

„Der Ausschuß wolle beschließen, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu beauftragen:

1. Sofort ein Wohnungsbauprogramm aufzustellen, das bis auf weiteres die

   jährliche Erstellung von 320 000 Neuwohnungen

   durch die Gemeinden und Gemeindeverbände und wirklich gemeinnützige Baugenossenschaften sicherstellt.
2. Die Finanzierung dieses Wohnungsbauprogramms sicherzustellen durch:
   a) Schaffung reichsgesetzlicher Vorschriften, wonach das gesamte Aufkommen an Hauszinssteuer, solange sie besteht, für den Wohnungsbau zu verwenden und den Gemeinden und Gemeindeverbänden zinslos zu überlassen ist;
   b) Heranziehung aller verfügbaren, über den Eigenbedarf hinausgehenden Mittel der Sozialversicherungsanstalten zu möglichst niedrigem Zinssatz;
   c) die Aufnahme langfristiger Anleihen, deren Verzinsung durch eine Zweckbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen erfolgt.

Die Entschließung wurde von der Genossin Arendsee begründet, die auf die ungeheure Wohnungsnot hinwies, und auch das Kapitel Siedlungsfrage, das die ganze Unfähigkeit des Reichsarbeitsministers und seiner Regierung zeigt, behandelte. Cremer (Volkspartei) beantragt, daß die Grunderwerbssteuer in den Fällen erlassen werde, wo das Einkommen des Steuerpflichtigen 6000 Mark jährlich nicht übersteige. Der Reichsarbeitsminister ist erbost über diesen Wahlantrag der Volkspartei und bekämpft ihn. Der kommunistische und der sozialdemokratische Antrag werden abgelehnt.

*

In Verbindung mit dieser Interpellation hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf Grund des § 4 der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1928 (RGBl. I/1067) beim Kartellgericht zu beantragen, daß die am 14. Januar 1928 durch die Eisenindustrieverbände erfolgte Eisenpreiserhöhung für nichtig erklärt wird."

Des weiteren hat die kommunistische Reichstagsfraktion die Aufhebung der Eisen- und Stahlzölle beantragt.

„Musterhafte" Arbeit des Beamtenausschusses

(Eigener Bericht.) **Berlin,** 17. Januar.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages „erledigte" in seiner letzten Sitzung innerhalb zwei Stunden 100 Anträge der verschiedensten Parteien, die zum Teil schon seit mehr als Jahresfrist dem Beamtenausschuß überwiesen sind. Der deutschnationale Vorsitzende Dr. Kähler schlug vor, sämtliche Anträge entweder durch die neue Besoldungsordnung oder durch die Annahme des Etats für 1927 für erledigt zu erklären. Hiermit erklärte sich der Ausschuß mit Ausnahme unserer Genossen einverstanden, die ausdrücklich gegen diese Abwürgungsmethode protestierten.

Vom Tage

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", nimmt scharf zur Rede von Imbusch Stellung und muß zugeben, „daß sich Parteileitung und Zentrumsarbeiterschaft voneinander entfernen".

Nunmehr wird von tschechoslowakischer Seite zugegeben, daß die tschechoslowakische Waffenfabrik A.-G. in Brünn einen Lieferungsvertrag auf 40 000 Gewehre für die nordchinesische Armee abgeschlossen hat.

Zwischen der rumänischen Regierung und der nationalen Bauernpartei finden Verhandlungen über Neuwahlen im März statt.

Said Mohamed, der Führer der Senussi, hat sich den italienischen Kolonialtruppen bedingungslos unterworfen.

Der von der Mazedonierin Kulewa schwer verwundete jugoslawische Rechtsanwalt Prelitsch ist gestorben.

Der südafrikanische Ministerpräsident Hertzog lehnte den Achtstundentag für die Eisenbahnarbeiter und eine Ergänzung der Lohnsätze ab.

Vor großen Kämpfen in Schlesien und O.-S.

Tarifablauf für über 300 000 Arbeiter

Breslau, den 16. Januar 1928.

b. Es ist üblich geworden, das Jahr 1928 als Wahljahr zu bezeichnen. Insbesondere sind es die Sozialdemokraten, die für die vielleicht erst im Spätherbst zu erwartenden Wahlen bereits seit längerer Zeit Propaganda machen. Der richtig gewählte Stimmzettel ist nach Meinung der SPD.-Führer das Mittel, welches den Werktätigen mehr politische Rechte, ein größeres Stück Brot und Beseitigung der Kriegsgefahr bringen wird. Den kommenden Ereignissen in den Produktionsstätten, den [illegible], Gutshöfen und Landkomänen messen die SPD.-Wahlvereine keinerlei Bedeutung bei, obwohl gerade dort der Hebel angesetzt werden muß, will man dem Bürgerblockkurs ein Ende bereiten.

*

Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß die schlesischen Steinarbeiter ihren Lohntarif zum 28. Februar gekündigt haben. In Frage kommen zirka 6000 Mann. Der Kampf wird voraussichtlich sehr scharfe Formen annehmen, da der Verband ankündigt, eine Angleichung der weit zurückgebliebenen schlesischen Löhne an die des Westens durchsetzen zu wollen. Der Tarif der Porzellanarbeiter (Reichsvertrag) ist zum 31. März gekündigt. Von dieser Bewegung werden in Schlesien etwa 5000 Personen, darunter viele Frauen und Mädchen, erfaßt. Ebenfalls am 31. März läuft der Lohntarif der Textilarbeiter ab. In der Textilindustrie werden bekanntlich vorwiegend Arbeiterinnen beschäftigt. Die Gesamtzahl beträgt in Schlesien und Oberschlesien zirka 60 000. Wohl werden aus den verschiedensten Betrieben Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit gemeldet, doch das wird die mit einem wahren Hungerlohn bezahlten Textilarbeiter schwerlich von der Kündigung des Tarifs abhalten, insbesondere, weil die Krise sehr bald von einer Hochkonjunktur abgelöst werden kann. Ende März läuft auch Lohntarif der Buchdrucker und der Lohn- und Manteltarif der Schuhmacher ab. Zur selben Zeit kann der Manteltarif und das Ueberarbeitszeitabkommen der niederschlesischen Bergarbeiter, der Lohntarif der Breslauer Kommunalarbeiter und der Tarif der Eisenbahner gekündigt werden. Der Hüttenkonflikt in Oberschlesien ist am 1. April unvermeidlich. Etwas später (Mai und Juni) läuft der Lohntarif der oberschlesischen Bergarbeiter und der Breslauer und niederschlesischen Metallarbeiter ab. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Lohnbewegung der schlesischen und oberschlesischen Landarbeiter noch nicht beendet ist. Die für kleinere Arbeitergruppen in der nächsten Zeit ablaufenden Tarife mitgerechnet, kann gesagt werden, daß **für den größten Teil der schlesischen und oberschlesischen Arbeiterschaft die ersten Monate des Jahres 1928 wichtige Entscheidungen bringen werden.**

*

Die Forderungen, mit denen die Arbeiter beider Provinzen in den Kampf gegen das Unternehmertum gehen, sind nicht neu: Achtstundentag, Siebenstundenschicht im Bergbau, am laufenden Band und in den gesundheitsschädlichen Betrieben menschenwürdige Entlohnung, wobei die Frauen, Jugendlichen und Ungelernten ganz besonders berücksichtigt werden müssen. Die Notwendigkeit dieser Forderungen wird durch niedrige Reallöhne, Preissteigerung, zunehmende Arbeitslosigkeit und vorzeitige Invalidität diktiert. Ihre Bewilligung ist auf Grund der Rationalisierungserfolge möglich. Natürlich werden sich die Unternehmer sträuben. Sie müssen von den Arbeitern gezwungen werden. Wie?

Auch im vergangenen Jahre führten die schlesischen und oberschlesischen Gewerkschaften mehrere Kämpfe. Welche Lehren konnte die Arbeiterschaft aus ihnen ziehen? Hier einige Beispiele, wie es gemacht wurde, aber nicht wiederholt werden darf: Die niederschlesischen gutorganisierten Bergarbeiter standen im Frühjahr und im Herbst in je einer Lohnbewegung. Beide Bewegungen wurden durch von der Revierkonferenz einmütig abgelehnte, nachträglich für verbindlich erklärte Schiedssprüche beendet. „Verbindlicher Schiedsspruch ist Tarifrecht", sagten die reformistischen Führer. Im Frühjahr standen die Textilarbeiter im Streik und Aussperrung. Die reformistischen Führer stimmten ohne Befragen der Mitglied-

schaft einer völlig ungenügenden Lohnerhöhung zu und würgten so den Kampf ab. Aehnlich lag der Fall bei den Steinarbeitern, wo die Führer die ihnen von der Bezirkskonferenz gegebene Vollmacht benutzten, um statt den Streik zu proklamieren, die Zustimmung einer unzulänglichen Lohnzulage gaben. Ebenfalls konnte vergangenes Jahr beobachtet werden, daß jede Gewerkschaft den Kampf getrennt von den anderen gleichzeitig stattfindenden Kämpfen führte.

*

Gestützt auf die Erfahrungen der Vergangenheit muß schon jetzt zu den kommenden Auseinandersetzungen gerüstet werden. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen sofort beschließen, die Tarifkündigung zu verlangen (wo es noch nicht geschehen ist) und bestimmte Forderungen aufstellen. Nicht die Führer, die Mitgliedschaft muß bestimmen, um welche Forderungen und mit welchen Kampfmitteln die Bewegung geführt werden soll. **Schärfste Kampfansage an die Praxis der verbindlichen Schlichtung!** Erkennen und offen aussprechen, daß jeder Wirtschaftskampf zugleich politischer Kampf ist, insbesondere, wenn der Schlichter eingreift. Selbst Reformisten sehen sich gezwungen, zuzugeben, daß gegenwärtig die Löhne „von Staats wegen" geregelt werden. Kann ein kapitalistischer Staat diese Regelung im arbeiterfreundlichen Sinne vornehmen? Nein! Deshalb muß der Kampf um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit zugleich auch der Kampf gegen den Bürgerblock und die preußische Koalitionsregierung sein. Keine Regierung im kapitalistischen Deutschland — gleichgültig, ob Sozialdemokraten in ihr sitzen oder nicht — wird die Erfüllung der Arbeiterforderungen bringen. Deshalb ist die Empfehlung des schwarz-rot-gold-rosa Stimmzettels der SPD. ein Betrug. Deshalb muß man die Hoffnungen nicht auf die Parlamentswahlen setzen, sondern auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen in den Betrieben. Nur dort kann ein größeres Stück Brot erkämpft und der Bürgerblockkurs geändert werden. Dazu ist vor allen Dingen die Auslösung und Zusammenfassung der Kämpfe und Ablehnung der verbindlichen staatlichen Schlichtung notwendig.

*

Schlesische und oberschlesische Arbeiter, rüstet! Restlos hinein in die freien Gewerkschaften! Unterstützt die Gewerkschaftsopposition, die euch den Weg zu erfolgreichen Kämpfen weist. Bereitet die Frühjahrskämpfe vor!

Metallstreik in Mitteldeutschland

Halle, 17. Januar. (Eig. Drahtb.) Der für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Schiedsspruch, der den Arbeitern statt der geforderten 15 nur 3 Pfennige Lohnzulage geben will, wurde von den Funktionären einstimmig und in der Urabstimmung mit einer mehr als 90prozentigen Mehrheit abgelehnt. Ohne den Ablauf der auf den 18. Januar festgesetzten Erklärungsfrist abzuwarten, sind die Halleschen Metallarbeiter bereits am 16. Januar in den Streik getreten. In Halle fanden gewaltige Demonstrationsumzüge und Versammlungen der Streikenden statt, an denen sich auch die umliegenden Orte beteiligten.

Ausdehnung des Streiks

Magdeburg, 17. Januar. (Eig. Drahtb.) Die in Magdeburg vorgenommenen Abstimmungen ergaben mehr als neunzig Prozent der Stimmen für sofortige Streikaufnahme. Auch in Anhalt wurde der Streik mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Für den Streik kommen insgesamt 50 000 Arbeiter in Frage. Der größte Teil streikt bereits.

Heute Nachverhandlungen

Berlin, 17. Januar. Heute, vormittags 10,30 Uhr, finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen für die mitteldeutsche Metallindustrie statt.

*

Die mitteldeutschen Metallarbeiter sind ernst gewillt, den Streik bis zur Erringung der 15 Pfennige fortzusetzen. Der sofortige Streik war die einzig richtige Antwort auf den provokatorischen Spruch, der statt der geforderten 15 Pfennige nur 3 Pfennige brachte. Es ist nicht anzunehmen, daß die heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein wesentlich anderes Resultat bringen werden, so daß der Streik voraussichtlich von längerer Dauer sein wird.

Forderungen der Ruhrarbeiter

TU. **Bochum, 16. Januar.** Auf einer Massenkundgebung der Bergarbeiter in Bochum wurde die Lohn- und Arbeitszeitfrage behandelt. Landtagsabgeordneter Otter führte u. a. aus, daß zum 1. April die Lohnordnung durch die Bergarbeiterverbände gekündigt würde. Ferner würde bei den neuen Verhandlungen eine verkürzte Arbeitszeit im Bergbau gefordert werden. Auch der Schutz der Bergarbeiter im Untertagebetriebe müsse durch eine verbesserte bergpolizeiliche Verordnung erhöht werden.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen muß man zweifeln, ob die Sozialdemokraten ihren radikalen Phrasen auch Taten folgen lassen werden. Es sei denn, daß sie dazu durch den Druck der BAV.-Mitgliedschaft gezwungen werden.

Der Skandal der Eisenpreiserhöhungen

Interpellation und Anträge der kommunistischen Fraktion im Reichstage.

(Eig. Bericht.) **Berlin, 17. Januar.**

Die Eisenindustriellen Deutschlands haben eine wesentliche Erhöhung der Eisenpreise festgesetzt. Damit ist ein Inlandspreis festgesetzt worden, der um fast 50 Prozent über dem Weltmarktpreis liegt. Die Schwerindustrie gedenkt also, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, mit Hilfe der hohen Inlandspreise den Schleuderexport zu finanzieren. Diese Eisenpreiserhöhung wird eine ungeheure Steigerung der Lebenshaltungskosten zur Folge haben. Die kommunistische Fraktion hat dazu eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der es zum Schluß heißt:

„Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die von den Eisenverbänden festgesetzte Preissteigerung, durch die eine neue Teuerungswelle ausgelöst wird, zu verhindern?

Wie gedenkt die Regierung zu verhindern, daß die Eisenindustrie auf Grund der internationalen Kartellierung dauernd das Eisen in Deutschland um 40 Reichsmark teurer verkaufen kann, als an das Ausland?

Hat die Regierung den Abschluß des internationalen Stahlkartells gefördert? Gedenkt die Regierung die wucherischen Preismaßnahmen dieses Monopols, das erst durch die Wirtschaftspolitik der Regierung unangreifbar wurde, weiter zu schützen?

Wie vereinbart die Regierung die Preispolitik der Eisenindustrie mit ihrer angeblichen Preisabbauaktion?"

Trotzkis neue Direktiven

Die Moskauer „Prawda" vom Sonntag veröffentlicht zwei Briefe der trotzkistischen Zentrale an ihre Anhänger im Ausland, in denen für ihr weiteres Verhalten nach dem Abrücken Sinowjews und Kamenews Direktiven gegeben werden. Die Briefe schlagen das Zusammengehen der Trotzkisten in Frankreich mit den Anarchosyndikalisten vor. In den anderen Ländern sollen entsprechende Gruppen gebildet werden. Für den Kongreß der RGJ. und der Komintern soll eine Fraktion mit eigener Plattform vorbereitet werden. Trotzki betone in den Briefen u. a., daß kein Repressalien der GPU. ihn von seinen Plänen abbringen würden.

Die „Prawda" behandelt die Dokumente in einem ausführlichen Artikel: **„Die zerstörende Tätigkeit der Trotzkisten, die Helfershelfer Scheidemanns am Werk."** Der Aufsatz brandmarkt die parteifeindliche Tätigkeit der Trotzkisten, die sie trotz ihrer Erklärung auf dem Parteitag fortsetzen und bezeichnet sie als Verräter an der Arbeiterklasse. Zum Schluß erklärt die „Prawda", daß die Partei immer noch Maßnahmen in Reserve habe, um die Opposition von ihrer auf die Zersetzung der Partei gerichteten Tätigkeit abzuhalten.

Französische Sozialisten gegen Rheinräumung

Paris, 16. Januar. (Eig. Drahtb.) Der Sozialdemokrat Paul-Boncour erklärte einem Pressevertreter, er sei zwar für Rheinräumung, aber nicht ohne Gegenleistung. Deutschland müsse eine internationale Kontrolle über die Rheinlandzone annehmen. (!) Die Angriffe auf seine militaristische Haltung seien ihm gleichgültig. Er verteidige die Interessen seines Landes.

Entscheidung über die Nachfolge Dr. Geßlers nicht vor Ende der Woche

TU. **Berlin, 16. Januar.** Zur Frage der Nachfolgeschaft des Reichswehrministers Dr. Geßler wird von zuständiger Stelle erklärt, daß eine Entscheidung hierüber nicht vor Ende der Woche zu erwarten ist, da das Reichskabinett zurzeit durch die Konferenz des Reiches und der Länder anderweitig in Anspruch genommen ist.

„Ruhr-Echo" wegen Marx-Beleidigung verurteilt

Essen, 16. Januar. (Eig. Drahtb.) Auf Grund des Republikschutzgesetzes wurde der Verantwortliche des „Ruhr-Echos" wegen Marx-Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Kommunisten-Verhaftungen in Krakau

TU. **Warschau, 16. Januar.** Gestern kam es in Krakau während einer Versammlung der polnischen Sozialisten zu Schlägereien mit Kommunisten, so daß die Polizei eingreifen mußte. 22 Kommunisten (!) wurden verhaftet.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

64

Herr von Guersaint, der ebenso gern plauderte, forschte ihn aus. „Sie nehmen Pilger in Wohnung?"

„O, mein Herr! Wir alle beherbergen welche," antwortete der Barbier offenherzig. „Es ist so der Landesbrauch."

„Und Sie begleiten sie in die Grotte?"

Augenblicklich empörte sich Cazaban gegen diese Zumutung, und indem er das Rasiermesser in die Höhe hielt, sagte er sehr würdig:

„Nie, mein Herr, nie! Fünf Jahre sind es jetzt, daß ich nicht mehr in die neue Stadt, die sie bauen, hinabgegangen bin."

Er hielt sich noch zurück und betrachtete aufs neue die Sutane Pierres, der hinter dem Journal verschwunden war. Auch der Anblick des auf Herrn von Guersaints Kleid befestigten roten Kreuzes machte ihn vorsichtig. Aber seine Zunge riß ihn mit fort.

„Hören Sie, mein Herr! Alle Meinungen sind frei. Ich achte die ihrigen; aber ich, ich gebe nichts auf diese Gaukelspiele. Und ich habe auch nie ein Geheimnis daraus gemacht. Unter dem Kaiserreich, mein Herr, war ich schon republikanisch gesinnt und ein Freidenker. Wir waren zu jener Zeit nur vier in der Stadt. Ja! Ich mache mir eine Ehre daraus."

Er hatte die linke Wange in Angriff genommen; er triumphierte. Von diesem Augenblick an floß ein unerschöpflicher Wortschwall über seine Lippen. Zuerst wiederholte er alle Beschuldigungen, die Majestät gegen die Väter der Grotte vorgebracht hatte: den Schacher mit religiösen Gegenständen, die unredliche Konkurrenz, die den Verkäufern von geweihten Artikeln, den Gasthofbesitzern und Zimmervermietern gemacht wurde. Ach, auch er hatte einen großen Haß auf die blauen Schwestern von der unbefleckten Empfängnis! Denn sie hatten ihm zwei Mieterinnen weggenommen, zwei alte Damen, die jedes Jahr drei Wochen in Lourdes zubrachten. Und man fühlte aus seinen Reden heraus, wie sich langsam ein Groll in ihm angesammelt hatte, der heute zum Ueberfließen kam, der Groll der alten Stadt gegen die neue, gegen die auf der anderen Seite des Schlosses so schnell aufgeschossene reiche Stadt mit ihren Häusern, groß wie Paläste, wo alles Leben, alle Pracht und alles Geld zusammenströmte, so daß sie sich unaufhörlich vergrößerte und bereicherte, während die ältere, altväterische und arme Bergstadt mit den kleinen verlassenen Straßen, in denen Gras wuchs, ihren Todeskampf vollends auskämpfte. Gleichwohl wurde der Wettstreit noch fortgesetzt. Die alte Stadt wollte nicht sterben; sie mühte sich ab, die undankbare jüngere Schwester zur Teilung zu zwingen, indem auch sie Pilger beherbergte und Krambuden eröffnete. Aber die Buden bekamen nur dann Kunden, wenn sie sich nahe bei der Grotte befanden; ebenso willigten nur die armen Pilger darein, weit von ihr entfernt Wohnung zu nehmen. Dieser ungleiche Kampf vergrößerte den Bruch und machte die obere und untere Stadt zu unversöhnlichen Feinden, die sich insgeheim in fortwährenden Ränken verzehrten.

„Ach nein! Mich wird man gewiß nicht in ihrer Grotte sehen," begann Cazaban wiederum mit wütendem Aussehen. „Sie sollen immerhin die Leute foppen mit der Grotte und sie in alle Brühen tunken! Eine solche Götzendienerei, ein so grober Aberglauben im neunzehnten Jahrhundert! Fragen Sie sie doch, ob sie seit zwanzig Jahren einen einzigen Kranken der Stadt geheilt hat! Und trotzdem haben wir genug Krüppel in unseren Straßen. Im Anfang waren es die hiesigen Leute, die aus den ersten Wundern Gewinn zogen. Aber es scheint, ihr Wunderwasser hat seit langer Zeit alle Kraft für uns verloren; wir sind zu nahe dabei; man muß weit herkommen, wenn man will, daß das Ding wirke! Wahrhaftig, es ist zu dumm. Sie werden mich nicht dazu bringen, da hinunterzugehen, nicht für hundert Franken!"

Die Unbeweglichkeit Pierres schien ihn zu reizen. Er ging soeben zur rechten Wange seines Kunden über und zog nunmehr gegen die Patres von der unbefleckten Empfängnis los, deren Geldsucht die einzige Ursache des Zwistes war. Diese Patres wohnten auf ihrem eigenen Grund und Boden; denn sie hatten der Gemeinde die Plätze, auf denen sie bauen wollten, abgekauft. Indessen hielten sie den mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag nicht; denn sie hatten sich darin förmlich verpflichtet, jeden Handel sowie den Verkauf des Wassers und der geweihten Artikel zu unterlassen. In jedem Fall hätte man Prozesse gegen sie erheben können. Aber sie machten sich lustig darüber. Sie fühlten sich so stark, daß sie dem Kirchspiel kein einziges Geschenk mehr zugehen ließen, so daß alles gesammelte Geld sich anhäufte und nach der Grotte und der Basilika strömte.

Cazaban rief offenherzig:

„Wenn sie wenigstens zuvorkommend wären und einwilligten, daß es geteilt würde!"

Als dann Herr von Guersaint sich geneigt und wieder gesetzt hatte, fuhr er fort:

„Und wenn ich Ihnen erst sagte, was sie aus unserer armen Stadt gemacht haben! Ich versichere Ihnen, vor vierzig Jahren waren die hiesigen Mädchen überaus sittsam. Ich erinnere mich, daß, wenn in meiner Jugendzeit ein junger Bursch einen Spaß haben wollte, es nur drei oder vier schamlose Weibsbilder hier gab, um ihn zu befriedigen. Ich sah, wie an den Markttagen die Männer vor ihren Türen Queue bildeten. Mein Ehrenwort darauf! Aber ach! Die Zeiten haben sich geändert, und die Sitten sind nicht mehr die nämlichen. Beinahe alle Töchter des Landes geben sich jetzt mit dem Verkauf der Kerzen und Blumensträuße ab; Sie haben gesehen, wie sie die Vorübergehenden anhalten und ihnen ihre Ware mit Gewalt in die Hände drücken. Dergleichen unverschämte Weiber sind eine wahre Schande! Sie verdienen viel, gewöhnen sich an die Faulheit, tun im Winter nichts mehr und warten, bis die Zeit der großen Pilgerfahrten wiederkommt. Und ich versichere Ihnen, heute finden die herumschwärmenden Burschen Mädchen, die mit sich reden lassen. Fügen Sie noch die nicht seßhafte, verdächtige Bevölkerung hinzu, von der wir überfallen werden, sobald die ersten schönen Tage sich einstellen — die Kutscher, Händler, Marketender, ein ganzes gemeines Nomadenvolk, das von Roheit und Laster trieft, dann hätten Sie die ehrbare neue Stadt, die sie uns beschert haben, mit den Menschenmassen, die zu ihrer Grotte und in ihre Basilika kommen!"

Pierre ließ ganz betroffen sein Journal fallen. Er hörte zu, und zum erstenmal standen in anschaulicher Wahrheit zwei Lourdes vor ihm, das alte Lourdes, ehrenhaft und fromm in seiner ruhigen Einsamkeit, und das neue Lourdes, verderbt und demoralisiert durch so viele Millionen von Zuziehenden, durch die wachsende Flucht von Menschen, die die Stadt im Schnellschritt durchwanderten, durch die verhängnisvolle Fäulnis der Menschenanhäufung und die Ansteckung der bösen Beispiele. Welche Wendung, wenn man an die arglose Bernadette zurückdachte, die vor der ursprünglichen wilden Grotte kniete, an den ganzen naiven Glauben und die reine Inbrunst der ersten Arbeiter am Werke! Hatten sie wirklich gewollt, daß das Land derart durch Gewinnsucht und Schmutz der Menschen vergiftet würde? Es genügte, daß die Völkermassen kamen, gleich brach denn auch die Pest aus.

Da Cazaban sah, daß Pierre zuhörte, machte er eine letzte drohende Geberde, als ob er all diesen vergiftenden Aberglauben wegfegen wollte. Dann frisierte er vollends unter Stillschweigen Herrn von Guersaint.

„Sie sind fertig, mein Herr!"

Erst jetzt sprach der Architekt über den Wagen. Anfangs entschuldigte sich der Barbier, er gab vor, seinen Bruder auf der Gemeindewiese besuchen zu müssen. Zuletzt willigte er ein, den Auftrag anzunehmen. Ein zweispänniger Landauer nach Gavarnie kostete fünfzig Franken. Da er aber ganz glücklich darüber war, daß er so viel hatte plaudern können, und weil es ihm schmeichelte, als ehrenhafter Mann behandelt zu werden, so ließ er ihn schließlich für vierzig Franken ab. Dabei kam, da man zu vieren war, auf jede Person zehn Franken. Man kam überein, nachts gegen zwei Uhr abzufahren, so daß man tags darauf, am Montagabend, zu hinreichend früher Stunde wieder zurück sein konnte.

„Der Wagen wird zur angegebenen Zeit vor dem Hotel des Apparitions stehen," wiederholte Cazaban nachdrücklich. „Sie können sich darauf verlassen."

Da spitzte er die Ohren. Das Geklapper des hin- und hergeschobenen Tischgerätes im Nebenzimmer hörte nicht auf. Man aß dort noch immer, wie überall in der gefräßigen Gier, die von einem Ende der Stadt bis zum andern wütete. Eine Stimme erhob sich: es wurde Brot begehrt.

„Entschuldigen Sie mich," begann Cazaban wiederum lebhaft, „meine Gäste rufen nach mir."

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

„Erwerbslose sind Radauhelden“

So sagte der Sozialdemokrat Hawellek im Hindenburger Parlament — Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Erhöhung der Wertzuwachssteuer — Verhinderung der Beratung weiterer kommunistischer Anträge

Ueber die am Donnerstag in Hindenburg stattgefundene und vorzeitig abgebrochene Sitzung des Stadtparlaments haben wir bereits kurz berichtet. Heute lassen wir den ausführlichen Bericht folgen:

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Opperskalski eröffnete bei überfülltem Zuhörerraume die Sitzung und gibt Mitteilung von dem Dahinscheiden des Stadtverordneten Schukalla (Zentrum). Genosse Paris beantragt, sämtliche Punkte der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Der Antrag wird abgelehnt.

Als erster Punkt erfolgt die Einführung des vom Bürgerblock am 26. 10. 1927 gewählten Stadtbaurats Dr. Wolf.

Genosse Paris stellt an den Magistrat die Anfrage, ob die Bestätigung der Regierung des Genossen Jendrosch, dessen Wahl gleichfalls am 26. Oktober 1927 zum unbesoldeten Magistratsmitglied erfolgte, eingetroffen sei. Nach der Auffassung des Vorstehers gehört die Anfrage nicht zur Sache und unser Genosse erhält zwei Ordnungsrufe.

Darauf erfolgt die Einführung des Genossen Hartmann und des Herrn Nawe (Ztr.) als Stadtverordnete.

Nun gibt der Vorsteher einen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr, in dem 19 Sitzungen abgehalten wurden. Wichtige Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, wie Ausbau von Straßen, Kanalisationsarbeiten, Bau einer Schule, Kauf eines Kindererholungsheimes, Beihilfen für Erwerbslose usw. blieben durch den Magistrat unerledigt. Beschlüsse, die im Interesse der breiten Bevölkerungsschichten lagen, wurden durch den schwarzweißrotgoldenen Magistrat sabotiert. Nun erfolgt die Wahl des Büros. Zum Stadtverordnetenvorsteher wird mit 30 Stimmen der Stadtschulrat und bisherige Vorsteher Dr Opperskalski gewählt. Die sozialdemokratischen Stimmen erhielt er ebenfalls. Genosse Jendrosch vereinigte nur die Stimmen seiner Parteifreunde auf sich. Zum stellvertretenden Vorsteher wurde der Stadtverordnete Arps vom Nationalen Ordnungsblock und Genosse Jendrosch von den Kommunisten vorgeschlagen. Stadtverordneten Arps wurde mit den Stimmen des Bürgerblocks gewählt. Die Sozialdemokraten glaubten ihre Haltung zum Vorsteher durch die Stimmenabgabe für den Genossen Jendrosch zu rechtfertigen. Zum Schriftführer wurde Stadtverordneter Klose (Soz.) und zum stellvertretenden Schriftführer Genosse Zwaka gewählt.

Der nächste Punkt sah die Beschlußfassung über die Satzungen für die Deputationen des Wohlfahrtsamtes vor. Von den sieben gestellten Abänderungsanträgen der Kommunisten fand nur einer Annahme. Die Vorlage fand Annahme. Bei der Behandlung der Vorlage machte der Genosse Jendrosch einen Zuruf, auf den prompt ein Ordnungsruf folgte.

Der Punkt 6 betraf die Beschlußfassung über eine Wertzuwachssteuerordnung, die eine Besteuerung des Wertzuwachses nur bis höchstens 30 Prozent vorsah. Es lag hierzu ein kommunistischer Antrag vor, der eine Besteuerung bis zu 50 Prozent verlangte, den der Genosse Paris begründete und der mit Mehrheit der Ablehnung verfiel. Die Mehrheit der Fraktionen stand hinter den Grund- und Bodenspekulanten und verhinderte die aggressivere Erfassung der ohne Schweiß verdienten Gewinne.

Darauf wurde über die Herausgabe eines Stadtblattes beraten. In diesem Stadtblatt sollen die gesamten Mitteilungen des Magistrats und die Verordnungen erscheinen. Es soll 14 tägig erscheinen. Der Sprecher der Kommunisten, Genosse Jendrosch, sprach für die Herausgabe des Stadtblattes und seine Zugänglichmachung allen Kreisen und gegen die Forderung des Zentrums, das verlangt, daß nach wie vor die drei „führenden“ im Ort erscheinenden Tageszeitungen Inserate der Stadt bekommen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schaltete man hierbei aus. Wenn der Forderung des Zentrums nachgegeben wird, so fällt die geplante Sparmaßnahme durch die Herausgabe eines Stadtblattes ins Wasser. Während die Beratung über diese Vorlage erfolgt, unterbricht der Vorsteher auf 10 Minuten die Sitzung und verlangt die Räumung des Zuhörerraumes — wegen der Zwischenrufe. Die Zuhörer, wie wir bereits in dem gestrigen Bericht meldeten, kamen der Aufforderung nicht nach, und unter dem Protest der Kommunisten schloß der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung. Anschließend fand eine Sitzung der Fraktionsführer statt, die sich mit dem vorzeitigen Abbruch der Sitzung beschäftigte. Die „Ordnungs“-Maßnahme des Vorstehers wurde allseitig gebilligt.

„Kommunistenkrach“ im Hindenburger Stadtparlament

Unter dieser skrupellosen Ueberschrift in der Nummer 11 des sozialdemokratischen „Volksblatts“, Organ des Polizeipräsidenten Beck, erscheint der Bericht von der frühzeitig abgebrochenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Durch den Berichterstatter „h. t.“, mit Namen Koitz, wird gegen die Kommunisten eine infame Hetze getrieben. Um die verräterische Politik an den Interessen der werktätigen Schichten weiter betreiben zu können, muß eben gegen die Kommunisten gehetzt werden. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Durch den Magistrat wurde für die städtischen Wohnungen im Stadtteil Biskupitz ab 1. April 1928 eine Mietserhöhung bis 100 und mehr Prozent verfügt. Die davon betroffene Mieterschaft setzt sich aus Lohn- und Gehaltsempfängern zusammen, deren Lebenshaltung wie die aller werktätigen Schichten eine schlechte ist. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte die Mieterschaft tags zuvor zu einer Protestversammlung gegen den Mietswucher des Magistrats aufgerufen und auch die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Magistrat offen aufgezeigt. Dieselbe war so, daß die Herren Bürgermeister Franz, Karger und Loreck ihre Zustimmung zu dieser Mietspolitik gaben. Die kommunistische Fraktion brachte einen Antrag ein, der die Rückgängigmachung der Mietserhöhung verlangte. Dieser stand auf der Tagesordnung der fragwürdigen Sitzung. Die recht zahlreich zur Sitzung erschienene Mieterschaft war den Parteien von rechts bis zur SPD. sehr unangenehm, denn es galt offen Farbe zu bekennen. Ferner sollte sich die Stadtverordnetenversammlung mit Erwerbslosenfragen beschäftigen. Als Verfechter der „sozialen Errungenschaften“ durch das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz ist es den Sozialdemokraten peinlich, zu den berechtigten Forderungen der hungernden Erwerbslosen immer und immer wieder Stellung nehmen zu müssen. Nicht nur der schwarze Oberbürgermeister Dr. Lukaschek weist die berechtigten Forderungen der Arbeitslosen als „ungesetzlich“ zurück, sondern das gleiche tut der sozialdemokratische Bürgermeister Franz. Und da muß die sozialdemokratische Fraktion eine Politik der Doppelzüngigkeit machen. Das Diktaturprogramm des Monopol- und Trustkapitals fordert insbesondere „Abbau der sozialen Lasten“, damit die Besitzsteuern gesenkt und der Profit gesteigert werden kann. Man spricht da eine deutliche Sprache unter anderem von der unnötigen Belastung der Gemeinde-Etats für soziale Fürsorge. Und im Interesse der Wirtschaft und der „demokratischen“ Republik muß man sich daran mitbeteiligen und „Realpolitik“ treiben. Deshalb muß die SPD. sich schützend vor die Kapitalisten stellen und die unglaublichste Hetze gegen die Kommunisten betreiben.

Die zahlreich erschienenen Mieter und Erwerbslosen, die sich Überzeugung verschaffen wollten von der Haltung der Parteien, lagen dem Bürgerblock und der SPD. im Magen. So mußten einige Zurufe aus dem Zuhörerraum herhalten, durch den Abbruch der Sitzung die Beratung der Anträge der Kommunisten zu verhindern. Die anschließende Fraktionsführer-Besprechung billigte die Maßnahme des Vorstehers von äußerst rechts bis zum Herrn Hawellek. Die Anregung auf Beschränkung des Zuhörerkreises wurde von diesen Parteien begrüßt, und man wurde sich darüber einig, daß dieser Schritt getan werden müsse. SPD.-Hawellek war derjenige, der die Zuhörer mit „Radaumacher und Elemente“ bezeichnete. Er ereiferte sich förmlich in der Hetze gegen die Kommunisten. Der Bürgerblock kann sich wahrlich freuen, so einen Einpeitscher zu haben.

Die werktätige Bevölkerung wird und muß durch die Rolle in der Politik und der Hetze gegen die Kommunistische Partei erkennen, daß die Sozialdemokratie keine Partei des Klassenkampfes, sondern eine „staatserhaltende“ und somit eine Partei des Arbeiterverrats ist.

Gleiwitz

Freigewerkschaftlicher Sieg im Borsigwerk. Bei den Betriebsrätewahlen am 11. und 12. Januar konnte der Deutsche Metallarbeiterverband als Sieger hervorgehen. Die Mandate verteilen sich wie folgt (in Klammern sind die Zahlen des Vorjahres angegeben): DMV. 8 (7), Hirsche 2 (2), Christen 2 (1), Werksgemeinschaft 1 (2).

Ratibor

Der Arbeitsnachweisvorsitzende Dr. Nitsche wurde nicht geschlagen. In Nr. 302 unserer Zeitung vom 28. 12. 1927 veröffentlichten wir eine Notiz über den Arbeitsnachweis Ratibor, in der wir u. a. geschrieben haben: „Besonders unbeliebt ist der Beamte Nitsche, der bereits von einem Arbeitslosen geohrfeigt wurde.“ Vom Arbeitsnachweis wird uns nunmehr mitgeteilt, daß die Behauptung, der Beamte Nitsche sei von einem Arbeitslosen geohrfeigt worden, auf Unwahrheit beruht. Der bewußte Vorfall hatte sich vielmehr wie folgt abgespielt: Ein Erwerbsloser, der in dem letzten Jahre nur 8 Wochen und 3 Tage gearbeitet hatte, war wegen Nichterfüllung der ersten Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung (Nachweis einer Beschäftigung von mindestens 13 Wochen) gemäß den gesetzlichen Bestimmungen abgewiesen worden. Darauf sprach der Zurückgewiesene bei dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises, Dr. Nitsche, wegen Zahlung der Unterstützung vor, worauf ihm der Vorsitzende die gesetzlichen Bestimmungen nochmals vorhielt und ihn zwecks Gewährung einer Unterhaltsbeihilfe an die öffentliche Wohlfahrtspflege verwies. Obwohl die Belehrung, wie von Zeugen bekundet werden kann, in voller Sachlichkeit erfolgte, schritt der Erwerbslose zu Drohungen und warf schließlich den Schreibtisch und andere Möbelstücke um. Zu einer Berührung zwischen dem Vorsitzenden und dem Arbeitslosen kam es nicht, da der Vorsitzende den Tätlichkeiten des Arbeitslosen aus dem Wege ging.“ — Nach Rücksprache mit unserem Berichterstatter werden wir auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

Oppeln

Um den Abbau in der Malapanehütte

Die „Oppelner Zeitung“ vom 14. Januar veröffentlicht einen längeren Aufsatz über den Abbau in der Malapanehütte. Darin wird das Werk als ein „Bollwerk des Deutschtums“ im Osten bezeichnet und die Unsinnigkeit der Angestelltenentlassungen dargelegt. Unter anderem wird mitgeteilt, daß die Direktion des Hüttenamtes Gleiwitz jegliche Verhandlungen mit dem Angestelltenrat über die geplanten Entlassungen und Versetzungen abgelehnt hatte. Die Angelegenheit ist nun dem Arbeitsgericht übergeben worden.

„Innere Befriedigung“. Am Donnerstag hielt der Oppelner SPD.-Wahlverein seine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht meldete sich niemand zur Diskussion. Dieser beschämende Umstand wird von dem „Volksblatt“ als ein Zeichen „innerer Befriedigung“ angesehen. Ueber die politische Lage wurde kein Wort gesprochen, da sonst die schöne Harmonie futsch gewesen wäre. Dafür regte man mehr die Geselligkeit an. Es ist nur gut, daß die Leute in der SPD. zum größten Teil sich nicht mehr als Arbeiter betrachten.

Wichtig für Mieter

Der Mieterschutzverein Oppeln schreibt uns:

1. Bei der Berechnung der gesetzlichen Miete ist von der Friedensmiete auszugehen. Diese setzt sich zusammen: a) aus dem am 1. Juli 1914 tatsächlich gezahlten Betrage; b) aus den etwa vom Mieter übernommenen Nebenleistungen.

Die Nebenleistungen sind in Geld zu veranschlagen und zu dem tatsächlich gezahlten Betrage hinzuzurechnen.

Da im Jahre 1914 die Kanalgebühr in Höhe von 3 Prozent der damals gezahlten Mieten von den Mietern direkt erhoben worden ist, so ist der Betrag dafür zu der damals gezahlten Miete hinzuzurechnen.

Soweit etwa seinerzeit von den Mietern vertraglich die Zahlung des Wassergeldes übernommen worden ist, so ist auch dafür ein Betrag von durchschnittlich 4 bis 5 Prozent zu der Friedensmiete hinzuzurechnen, gegebenenfalls der seinerzeit vereinbarte feste Betrag.

Wenn die Friedensmiete nachträglich durch das Mieteinigungsamt festgesetzt worden ist, so ist der Geldeswert für die Nebenleistungen von Amts wegen berücksichtigt worden und in dem festgesetzten Betrage mitenthalten.

2. Die gesetzliche Miete beträgt ab 1. Oktober 1927 120 Prozent der Friedensmiete.

Dieser Hundersatz ermäßigt sich a) um 4 Prozent, falls der Mieter die Schönheitsreparaturen (Tapezieren und Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Streichen der Türen) übernommen hat, und b) um weitere 3 Prozent, falls der Vermieter das Wassergeld auf die Miete umlegt.

Im Falle zu a) darf also der Vermieter nur 116 Prozent, im Falle zu b) nur 117 und im Falle zu a) und b) nur 113 Prozent der Friedensmiete als gesetzliche Miete fordern.

Im Falle zu b) kann außerdem der Vermieter das Wassergeld in Höhe von 25 Pf. pro Kubikmeter nach dem Verhältnis der Friedensmiete umlegen.

Das Wassergeld beträgt zurzeit 40 Pf. pro Kubikmeter, davon entfallen jedoch 15 Pf. auf die Entwässerung (Kanalgebühr), die bereits durch die gesetzliche Miete abgegolten und daher nicht umlegbar ist, und 25 Pf. auf Bewässerung (Wassergebühr).

Ferner kann der Vermieter den hundert Prozent übersteigenden Betrag des Gemeindezuschlages zur Grundvermögenssteuer, der gegenwärtig 250 Prozent des staatlichen Satzes beträgt, nach dem gleichen Verhältnis auf die Mieter umlegen. Bei Berechnung der umzulegenden Beträge muß der Vermieter den Mietwert seiner eigenen Wohnung mit berücksichtigen. Der umzulegende Betrag des Gemeindezuschlages der Grundvermögenssteuer beträgt etwa 6 Prozent der Friedensmiete. Alle übrigen Kosten sind in der gesetzlichen Miete mitenthalten.

Beuthen

Bergarbeiter, laßt euch nicht antreiben!

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In letzter Zeit gehen die Unternehmer mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Bergarbeiter vor. Man hat es verstanden, Bergarbeiter aus Ostoberschlesien einzustellen, um so leichter die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und die Löhne herabzudrücken. Gedingevereinbarungen werden meistens nur mit den Arbeitern aus Ostoberschlesien abgeschlossen, da diese leichter unter dem Druck seitens der Beamten zur Annahme nicht ausreichender Gedinge zu bewegen sind. Die Folge ist, daß heute Bergarbeiter mit Löhnen unter dem Tariflohn, ja sogar mit 3 Mark entlohnt werden. Um wenigstens etwas zu verdienen, setzen sich die Bergarbeiter über alles hinweg, und weil ihnen nicht die Möglichkeit gegeben ist, die gesetzlichen Bestimmungen der Bergpolizei zu beachten, entstehen Unfälle über Unfälle. Wer nach den gesetzlichen Bestimmungen der Bergpolizei arbeitet, den kann man nicht gebrauchen. Folgender Fall ereignete sich auf der Heinitzgrube: Der Betriebsführer, Obersteiger Weiß, erschien bei unserem Genossen Schweda, welcher Mitglied des Betriebsrats ist, zwecks Gedingevereinbarung und fragte ihn, ob er gewillt ist, mit ihm ein Gedinge abzuschließen. Schweda bejahte die Frage. Der Obersteiger schlug nun das alte Gedinge vor und eine Erhöhung des Solls von 22 auf 23 Kasten. Diesen Vorschlag lehnte Schweda ab, weil er nicht dem letzten Schiedsspruch entsprach und infolge der hohen Soll-Leistung nicht die Möglichkeit gegeben war, die berggesetzlichen Vorschriften zu beachten. Darauf sagte der Obersteiger dem Abteilungssteiger Szyma: „Also, Herr Szyma, Sie haben gehört, was dieser Mensch gesagt hat. Sie werden das bezeugen, und ich werde ihn als Arbeiter, nicht aber als Betriebsrat entlassen. Ich brauche solche Leute nicht (gemeint ist Leute, die vorschriftsmäßig arbeiten). Sie dürfen die Grube nicht mehr betreten, und ich werde den Vorfall der Direktion melden!“ Nachdem Schweda geantwortet hatte, der Obersteiger solle tun, was er nicht lassen könne, ging der Obersteiger von dannen, nachdem er noch gesagt hatte: „Ich werde mit Ihnen den Kampf führen, bis einer fällt.“ Dieser Vorfall zeigt, daß in den Augen des Obersteigers ein paar Kasten Kohle mehr wert sind als das Leben der Arbeiter. Bergarbeiter, macht Front gegen diese Umstände! Bei der Gedingevereinbarung hat der Arbeiter zu wissen, ob ihm die Möglichkeit gegeben ist, die Arbeit in Ruhe auszuführen, um die gesetzlichen Bestimmungen innezuhalten. Ist das nicht der Fall, so ist das Gedinge sofort abzulehnen. Gleichzeitig muß der Betriebsrat in Kenntnis gesetzt werden, damit das Gedinge unter Hinzuziehung des Betriebsrats neu geregelt wird.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Die Firma Wechselmann, Gleiwitz, Hindenburg, bekannt in Oberschlesien durch ihre Leistungsfähigkeit, hat in diesem Jahre mit dem Inventurausverkauf am Montag, dem 16. Januar begonnen. Es lohnt sich, die Schaufensterauslagen anzusehen. Billig und gut!

Weiße Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Otto Kloke
Berliner Straße 93
80009

Milch-, Butter- u. Käsegeschäft
Busch Nachflg., Inh. Fritz Baumgart
Berliner Straße 1
80015

Richard Prenzel
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Berliner Straße, Ecke Hospitalstraße
80060

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren
Aug. Gürnth
Breite Straße 1
80007

Wohnungseinrichtungen
Beerdigungen
Gebr. Fabich, Niederstr. 65/66
80004

August Hinz
Spezialgeschäft für Lederwaren
Berliner Straße 100 a. d. Post
80014

Bäckerei und Konditorei
Paul Gärtner, Berliner Str. 94
80017

Lange's Drogenhandlung
Postplatz 3
Farben, Lacke, Seifen
80081

A. Sommerrock, Berliner Str. 3
Leder-, Sattler- und Polsterwaren
80216

Kolonialwaren, Sämereien, Farben
Adalbert Decker, Friedrichstraße 24/26
80218

Neusalzer Beerdigungsinstitut
R. Hilgner & Sohn
Bau- und Möbeltischlerei
Friedrichstraße 43
80204

Brot- u. Feinbäckerei
Bruno Kerber, Friedrichstraße 60
80202

August Knebel, Lederhandlung
Friedrichstraße 29
80208

▲ Trauerhüte ▲
stets auf Lager
Adele Vielhauer
Hohe Straße 22
80061

Photograph A. Winkler
empfiehlt sich
Nizzaplatz 1
80058

Bäckerei u. Konditorei
Oskar Lohan
Keplerstrasse 16
80031

Bäckerei und Konditorei
Bruno Tschirch, Markt 9
80086

Gustav Berthold, Nizzaplatz 2
f. Fleisch- und Wurstwaren
diversen Aufschnitt
Eigene maschinelle Kühlanlage
80044

Möbel
Tapeten, Linoleum
Paul Knote, Keplerstraße 46
80033

Grünberg

Schmiedchen & Co., Ring
Eisen- u. Baumaterialien-Großhandlung
Haus- u. Küchen-Geräte
Oefen, Kochherde und Ofenbau-Artikel
Werkzeuge, Bedarfsartikel für Landwirtschaft
80084

W. Grau, Gr. Kirchstrasse 6
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
Preiswert und gut
80087

Gute Schuhwaren
kauft man bei
Wilh. Förster
Niederstraße 5
und Stand auf dem Wochenmarkt
80060

Fabrik feiner
Fleisch- und Wurstwaren und Frühstücksstube
Carl Feucker, Bismarckstr. 3a
und Stand auf dem Fleischmarkt
80078

Paul Kleint, Breite Str. 74
Telephon 431
Erstes Beerdigungs-Institut am Platze
Ueberführung p. Auto u. Leichenwagen
Bringe mein
Möbellager bestens in Empfehlung
80079

Hüte
Frieda Krug
Berliner Str. 94
80001

Fritz Gutsche, Breite Str. 73
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt
80072

Bettfedern, Bettbezüge Inletts, Leibwäsche
kaufen Sie preiswert bei
A. Fuß, Breite Str. 56
80075

Spezialgeschäft in Tabakwaren
Otto Erxleben
Niedertorstraße 4
80077

Der Kenner trinkt nur **Löwen-Böhmisch-Biere**
Generalvertretung für Niederschlesien und Grenzmark
„Obus" G. m. b. H., Hinterstraße 20
80074

Otto Kinzel, Niederstr. 54
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Große Auswahl in Kaffeegebäck
Täglich 2 mal fr. Semmeln u. Brötchen
80082

H. Gebhardt
Schneidermeister, Ring 9
Herren-, Jünglings-, Kindergarderobe
und Berufsbekleidung
80088

Möbel
einzeln sowie ganze Einrichtungen
liefert in jeder Preislage
Otto Schulz, Burgstr. 17
80018

Herren- u. Damenwäsche billig bei
N. Stephanek, Obertorstr. 13
80005

Paul Hierle, Berliner Straße 74
Lederwaren, Polsterarbeiten, Reparaturen
80011

Bäckerei Paul Sauerteig
Schertendorfer Strasse 34-a
80089

Musikhaus Ed. Adler
empfiehlt Musik-Instrumente aller Art
deren Zubehör zu billigen Preisen und
reeller Garantie
80016

Elsbeth Burchardt, Obertorstraße 15
Schirme — Herren-Artikel
80006

Brennmaterialien
August Lehmann, Lange Gasse 4
80012

Uhren und Goldwaren
Eugen Frenzel, Berliner Str. 63
80010

Trinkt die wohlbekömmlich.
Grünberger Bergschloß-Biere
80076

Vergnügungslokal „Luisental"
Parkgall 1
empfiehlt seine Lokalitäten 80085
Jeden Sonntag Tanz

Karl Völkers
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und
Küchengeräte, Drahtgeflechte
Berliner Str. 17, Fernr. 633
80013

Kaufhaus Bernstein, Breitestr. 8
bekannt für gute Ware
zu billigsten Preisen
80006

Carl Muche's Ww. Niederstr. 60
Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Trikotagen
Gruschwitz-Nähgarne u. Zwirne
80003

Paul Mohr, Niedertor Str. 10a
Großes Lager in Papier- u. Schreibwaren
Buchbinderei — Buchdruckerei
80083

Brot- und Weiß-Bäckerei
Gotthold Schrock, Niederstr. 51
80002

Neusalz a.O.

Wohnungs-Einrichtungen
reell und billig
Heinze & Linke, Paul-Keller-Str. 14
Inh. Rudolf Winkler
80214

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Str. 14
Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Arbeiterbekleidung
Wir sind bekannt billig
80201

Emil Wiesner, Berliner Str. 55
Herren- u. Damen-Frisier-Salon
80210

Adolf Lehmann, Berliner Str. 43
Fahrräder, Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt — Ersatzteile
80212

Arbeiterbekleidung
nur Qualitätsware
Friebel & Grote, Friedrichstr. 15
80213

Max Jordan, Friedrichstr. 30
Herren- u. Damen-Konfektion
Maß-Anfertigung, Berufskleidung
80198

W. & F. Maruhn, Friedrichstraße 33
Fahrräder Nähmaschinen
Reparatur-Werkstatt — Ersatzteile
80199

Carl Wloka, Markt 9
Manufaktur, Konfektion
Leinen- und Wollwaren
80196

Kolonialwaren, Schifferbedarfs-Artikel
Paul Behlich, Oderdamm 5
80200

Albert Kunke, Amtsstraße 14
Kolonialwaren — Zigarren
80197

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Willy Klausler
Hüttenweg 1 — Ecke Angerstraße
80203

Heinrich Heinzel, Kl. Gasse 6
Kleider, Wäsche, Schürzen, Strümpfe
80205

Neusalzer Molkerei, Lindenstr. 1
Inhaber Georg Böer
tägl. frische Milch- u. Molkereiprodukte
im Laden und an den Verkaufswagen
80217

A. Hentschel, Markt
Schuhwarenhaus — Reparaturen
80206

Sagan

Saganer Lichtspielhaus
Boberstraße 9 80040
Erstklassige Filme
Programmwechsel Freitag u. Dienstag

Kolonialwaren, Delikatessen
Georg Adler, Fischendorfer Str. 12
80068

Bäckerei und Konditorei
Reinhold Siegemund, Brüderstr. 13
80080

Zigarren, Schokolade, Papierwaren
Heinrich Thiel, Bahnhofstr. 1
80088

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Karl Schnalke, Brüderstr. 17
80047

Milchprodukte, Milchfabrikate, Vogelfutter
Georg Felsmann, Sorauer Straße 19
Mehlhandlung
80087

Max Apelt, Zigarrenhaus
Kornmarkt 41, Brüderstraße 1
80082

Kontitüren, Kaffee, Kakao
Helene Treichel, Sorauer Str. 10
80064

Hermann Seifert
Sattlermeister
Dorotheenstraße 34
Leder- und Polsterwaren
80063

Karl Funke
Schnellsohlerei und
Arbeiten nach
Klebverfahren
Edelgasse 2
80067

Hüte ∘ Mützen ∘ Pelzwaren
F. Winkler, Nizzaplatz 1
80035

Spezialhaus für Fisch- u. Räucherwaren
Erich Stephan, Sorauer Straße 13
80086

Kurz-, Wollwaren, Herrenartikel
Paul Bürger, Brüderstraße 2
80037

Ernst Ramtke
Schuhwaren
Keplerstraße 55
80062

Hüte
Emilie Franke
Keplerstraße 61
80038

Haus- u. Küchengeräte
Ida Stephan, Keplerstraße 40
80042

Putz-, Weiß- und Wollwaren
J. Hesse, Alter Ring 22
80041

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Julius Sauer, Hohe Straße 12
80039

Rudolf Heinrich, Ludwigplatz 4
Sämtliche Haushaltungsgegenstände
80059

Schuhwaren und
Reparaturwerkstatt
Karl Schwarz
Baberstraße 21
80090

Karl Unger
Keplerstraße 20
Wäsche
Bettfedern
80032

Kolonialwaren, Gemüse, Tabakwaren
Artur Bürger, Kurlandstraße 7
80030

Carl Hoffmann, Ring 28
Wollwarengeschäft
80046

Fahrräd., Nähmasch., Spiel- u. Kinderwag.
Alfred Knebel, Pforte 1
80071

Gustav Lehmann
Sorauer Straße 15
Kolonialwaren, Lebensmittel
80068

M. Baudach
Meoll-Brauerei
Kohlen, Briketts
80041

Haushaltungsartikel gut u. billig
Geschw. Rademacher
Inh. Martha Welzel, Kurlandstr. 4
80039

Otto Forgber
Fleischerei und Wurstfabrik
Nizzaplatz 3
80046

A. Michaelis, Ring 33
Wäschehaus
Wäsche, Trikotagen, Wollwaren
80054

Sprottau

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleid.
Wäsche, Trikotagen, Wollwaren
und Berufsbekleidung
Adolf Schindler, Markt 36
80181

P. Abraham, Markt 2
Herrenhüte, Mützen, Arbeiterbekleid.
80122

Kauft bei **W. Rosenau** Markt 41
80179

Das gute alte Geschäft von
W. Lissauer, Markt 43
80180

Joseph Jende, Neustr. 36
feine Fleisch- u. Wurstwaren
80181

Bäckerei u. Konditorei
Emil Deutsch
Markt 3
80178

H. Göldner, Jüdenstr. 5
Größtes Spezialgeschäft in
Zigarren, Zigaretten, Tabaken
80183

Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Goldberg

R. Schmidt, Inh.: Arthur Schmidt, Ring 4
Drogen, Farben und Kolonialwaren
Kaffee-Rösterei mit Motorbetrieb — Bezugsquelle für beste Kaffees. — Gewürze, Tee, Kakao, Chemikalien, Verbandstoffe, Seifen, Parfümerien
Große Auswahl in Zigarren und Zigaretten
80427

Sächs. Leinwand-Geschäft, Ring 6
Meine Spezialität
Leibwäsche, Bettwäsche, Inletts und Bettfedern
Gardinen, Linoleum, Trikotagen, Schürzen
80422

Damenhüte, Trikotagen, Kurzwaren, Strickbekleidung
Spezial-Hut-Haus Carl Grossmann
Herrenhüte, Oberhemden, Selbstbinder, Herrenwäsche
8.421

Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Ring 17
80428

Carl Schöps, Ring 34
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Spezialität
Goldberger Brühwürstchen
80425

Reinhold Gundrack, Reifferstr. 24
Feinkost, Kolonialwaren
Zigarren — Zigaretten — Tabake
80424

Größtes Spezialgeschäft am Platze
für Zigarren, Zigaretten, Tabake
Fritz Herpolsheimer, Ring 15
80429

Alfred Schöps
Liegnitzer Straße 33
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
8.426

E. L. Meister, Matthäipl. 5
Drogerie
Farben — Lacke — Kolonialwaren
8.423

Haynau

Kurt Chroszcz, Großdestillation
Likörfabrik und Ausschank
Bahnhofstraße 40
8.428

Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung
Fritz Knebel Nachf., Inh. Erich Erbelich

Militarisierte Polizei

Die „republikanische" preußische Polizei gehört in das Ressort des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski. Die Republikanisierung oder die Umwandlung der heutigen Polizei in eine Volkspolizei wirkt sich bei diesem Sozialdemokraten so aus, daß die Beamten tatsächlich wie Rekruten behandelt werden. Die Offiziere haben das große Wort, der einfache Beamte hat, wie zu Wilhelms Zeiten, zu gehorchen und „die Schnauze zu halten". Die Empörung der unteren Beamten über den militärischen Drill ist sehr groß. Wir bringen im Folgenden aus der „Preußischen Polizeibeamten-Zeitung" nur einige der skandalösesten Vorkommnisse der letzten Zeit.

Aus der Polizeischule in Kiel wird berichtet: Ein Anwärter hatte von dem Hauptmann M. den Auftrag erhalten, für ihn ein Paar Schuhe aus der Stadt zu holen. Er bekam eine Abreibung, weil er zu spät gekommen wär. Als sich der Anwärter bei dem Hauptmann entschuldigen wollte, wurde er mit den Worten empfangen: „Sind Sie Schwein schon wieder hier?" Gleich darauf wurde er von dem Hauptmann an der Kehle gefaßt und ins Gesicht geschlagen, bis der Anwärter plötzlich zu Boden fiel. Nun erhielt er noch mehrere Tritte mit den Füßen und wurde angeschrien: „Wollen Sie aufstehen?" Als der Anwärter versuchte, aufzustehen, wurde er abermals ins Gesicht geschlagen, so daß er niederfiel. Nun kamen zwei Beamte vom Stammpersonal im Dienstanzug und Tschako, faßten den Anwärter unter den Arm und führten ihn in Gewahrsam. Der Anwärter wurde daraufhin einige Tage später von Kiel versetzt. Sonst blieb alles ruhig, obwohl dieser Vorgang das Tagesgespräch in dem Oberwachtmeister-Lehrgang und auch bei den Polizeianwärtern war.

Ein Polizeioberleutnant, der zum Dienst als Lehrer eines Polizeioberwachtmeister-Lehrgangs bestellt ist, sagt zu dem Lehrgangältesten, der ihm den auf dem Kasernenhof angetretenen Lehrgang meldet: „Richten Sie den Sch...haufen erst aus!" Gemeint waren mit diesem Sch...haufen die angetretenen Beamten. Von den Beamten getraute sich niemand dagegen etwas zu sagen, weil sie sich ja auf einem Lehrgang befanden und vor einer Prüfung standen. Der Beamtenausschuß erhob Beschwerde beim Kommandeur zunächst mündlich. Bei der angestellten Untersuchung wurde natürlich diese Aeußerung von dem Oberleutnant bestritten. Die Beamten sind zu dem Eindruck gekommen, daß der Oberleutnant für sein markantes Auftreten noch belohnt worden ist, weil er von diesem Standort als Lehrer zur Polizeischule für Leibesübungen nach Spandau versetzt worden ist.

Weiter schreibt die „Preußische Polizeibeamten-Zeitung": Es besteht heute noch nicht die Verpflichtung für die Vorgesetzten in der Polizei, ihre Untergebenen mit „Herr" anzureden. Wohl haben der innerdienstliche Verkehr und die Macht, die der Vorgesetzte dem Untergebenen gegenüber täglich in der Hand hat, dazu geführt, daß der Untergebene den Vorgesetzten — wie unter Wilhelms Zeiten — in dritter Person anredet.

Vor einer Besichtigung der Schutzpolizei in Recklinghausen gab der Kommandeur einen Befehl heraus, daß die Polizeioffiziere und Polizeiwachtmeister eingehend belehrt werden müßten, „daß sie sich unter allen Umständen jeglicher Aeußerungen dem Herrn Ministerialdirektor oder seinen Begleitern gegenüber zu enthalten haben, wenn sie von diesem nicht nach etwas gefragt werden sollten ... Sollte der Wunsch bestehen, dem Herrn Ministerialdirektor irgendwelche Mitteilung zu machen, so ersuche ich, mir diesen Wunsch mitzuteilen." Die Redaktion der „Preußischen Polizeibeamten-Zeitung" schließt daran noch folgende Bemerkung: die Herren können dann um so leichter dem Herrn Minister des Innern berichten, daß „alles in bester Ordnung und die Stimmung in der Truppe vorzüglich sei", — ganz wie unter Wilhelm II.

Bei diesen geharnischten Artikeln in der Verbandspresse darf es aber nicht bleiben. Der Kampf muß auf breitester Grundlage geführt werden: Protestkundgebung gegen die Militarisierung, Herantreten an die Vertreter der Arbeiterparteien in den Parlamenten und Demonstrationen, das sind die gewerkschaftlichen Kampfmittel, die anzuwenden sind.

Die revolutionäre Arbeiterschaft will sich bei ihren politischen und wirtschaftlichen Kämpfen nicht von einer militarisierten und verhetzten Polizei niederknüppeln lassen. Sie wird deshalb jeden ernsthaften Kampf der Polizeibeamten gegen die Militarisierungsbestrebungen mit allen Mitteln unterstützen. Die Kommunistische Partei hat bewiesen, daß sie nicht nur leere Versprechungen macht, sondern handelt. Voraussetzung aber ist, daß auch die Polizeibeamten nicht nur schwatzen, sondern wirklich kämpfen wollen.

SPD.-Minister für die Todesstrafe?

Die Preußen-Regierung und die Hinrichtung des Lustmörders Böttcher

Der preußische Justizminister Schmidt, Mitglied der Zentrumspartei, ist mehrfach als Gegner der Todesstrafe in der Oeffentlichkeit aufgetreten. Da anzunehmen ist, daß er auch innerhalb der preußischen Koalitionsregierung gegen die Vollstreckung des Todesurteils an Böttcher stimmte, ist eine Mehrheit innerhalb der Preußenregierung für die Vollziehung dieses Todesurteils nur durch Stimmabgabe mindestens eines sozialdemokratischen Ministers ermöglicht worden. Bekanntlich wurde die Hinrichtung Böttchers am Freitagfrüh im Hofe des Gefängnisses in Plötzensee durchgeführt.

Während die SPD.-Presse heuchlerisch von einer Gegnerschaft der SPD. gegen die Todesstrafe schreibt, hat die von Braun geführte Preußenregierung das Todesurteil gegen Böttcher durchführen lassen. Kein Sozialist kann dem kapitalistischen Staat das Recht geben, Menschen, die aus den verschiedensten sozialen Ursachen, meist aus großer Not oder sozialer Veranlagung, auch noch so schlimme Verbrechen begangen haben, hinzurichten. **Der Staat, der nicht die Ursachen der Verbrechen beseitigen will, dieser Staat der Ausbeuter verewigt durch seine Methoden der „Bestrafung" die Fortdauer jener gesellschaftlichen Zustände, die immer neu die furchtbarsten Verbrechen erzeugen.** Allein eine Gesellschaftsordnung, die die sozialen Ursachen beseitigt und Kranke wirklich heilt, kann das Recht zur sozialen Verteidigung gegen solche Individuen erhalten, die durch Versuche der Erziehung und Heilung nicht der Gesellschaft eingefügt werden können.

Im Falle Böttcher hat die Preußenregierung, unter der Führung des „Sozialisten" Braun, es mit der Vollziehung der Todesstrafe besonders eilig gehabt. Obwohl die Verteidigung erneut einen Wiederaufnahmeantrag stellte und ärztliche Beweise dafür erbrachte, daß dieser an sich schon psychopatische, geistig minderwertige Mensch inzwischen wahnsinnig geworden sei, traten die Vertreter der preußischen Klassenjustiz noch in der Nacht zum Freitag im Gefängnisgebäude in Plötzensee zusammen und lehnten sämtliche Wiederaufnahme- und Beweisanträge ab. Es wurde damit verhindert, daß der Fall Böttcher am 17. Januar vor dem Rechtsausschuß des Preußischen Landtages in der Diskussion über die Todesstrafe aufgerollt und die Vollziehung der Todesstrafe verhindert werden konnte.

So wurde, unter dem Segen der Pfaffen, der sexualpathologische Böttcher hingerichtet! — Sozialdemokratische Minister haben das Verdienst, an diesem ebenso brutalen wie sinnlosen Todesurteil mitgewirkt zu haben.

Aus aller Welt

Am Grabe von Karl und Rosa

Am Sonntag fand in Berlin eine gewaltige Demonstration der Berliner Arbeiter zum Friedhof Friedrichsfelde statt. Unzählige Kranzdelegationen marschierten im Zuge, die für proletarische Organisationen oder Berliner Betriebsbelegschaften ihre Kränze am Grabe niederlegten.

*

Unsere Bilder zeigen links die Ansprache des Genossen Pieck am Denkmal vor den Gräbern von Karl, Rosa und der übrigen Januartoten; rechts: Ein Transparent aus dem Zuge.

Goldgebiß einer Leiche im Krematorium gestohlen

Eine merkwürdige Leichenberaubung fand im Wilmersdorfer Krematorium statt.

Kürzlich wurde der Restaurateur Winkler aus der Hedwigstraße zu Steglitz unter verdächtigen Umständen erschossen aufgefunden. Die Mordkommission stellte jedoch fest, daß ein Selbstmord vorliegen mußte. Die Leiche wurde trotzdem zur Obduktion beschlagnahmt und nach dem Schauhause geschafft.

Die Obduktion bestätigte den Selbstmord. Die Ueberführung der Leiche vom Schauhause nach dem Krematorium in Wilmersdorf besorgte ein bekanntes Berliner Beerdigungsinstitut. Ein kostbares Goldgebiß, das sich Winkler einmal hatte anfertigen lassen, als er in sehr guten Vermögensverhältnissen lebte, war im Munde des Toten geblieben. Es hatte einen Reinmetallwert von 3600 Mark. Bei der Ueberführung war es noch da. Unterwegs konnte es nicht entwendet werden. Die Angehörigen Winklers beabsichtigten, das Gebiß an sich zu nehmen. Der Oberinspektor des Krematoriums erwiderte, daß die Angehörigen für die Herausnahme des Gebisses durch einen Dentisten oder Zahnarzt selbst zu sorgen hätten.

Bevor noch weiter etwas geschehen war, erschien am Dienstag ein Angehöriger mit der ersten Frau des Verstorbenen, um die Leiche noch einmal zu sehen. Sie sahen sofort, daß das Goldgebiß fehlte und machten Anzeige. Die Polizei stellte fest, daß der Diebstahl nur im Krematorium verübt worden sein kann.

Zutritt zu der Leiche hatten fünf Personen, drei Heizer, ein Pförtner und ein Diener. Diese wurden zur Rechenschaft gezogen, bestreiten aber alle fünf den Diebstahl. Keiner von ihnen will etwas von dem Verbleib des Gebisses wissen. Einer der Heizer hat am Montag Selbstmord verübt.

Hochofenexplosion im Saargebiet.

Am Montag früh gegen 5 Uhr entstand auf der Völklinger Hütte eine schwere Hochofenexplosion. Die glühenden Massen des explodierten Hochofens ergossen sich im Umkreis mehrere Meter weit, wodurch eine Anzahl Arbeiter teilweise schwer verletzt wurde. Bis 8 Uhr waren die Leichen von zwei bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Hochofenarbeitern geborgen. Neun Arbeiter und Angestellte wurden verletzt, zwei Arbeiter werden noch vermißt. Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da die glühenden Schuttmassen noch ständig nachrutschen.

Der falsche Rechtsanwalt.

Ein geriebener Gauner wurde in Berlin von der Polizei unschädlich gemacht. Ein Wilhelm Ungemach aus Elberfeld, der unter diesem Namen bereits vorbestraft ist. Er hat sich in der letzten Zeit in Berlin als falscher Rechtsanwalt herumgetrieben und zahlreiche Leute erheblich geschädigt. Personen, die Zivilprozesse zu führen hatten und im Gerichtswesen wenig bewandert waren, stellte sich Ungemach als „Rechtsanwalt Dr. jur. et. rer. pol. Georg de Greif" vor und bot sich als Rechtsbeistand an. Sobald er die Vollmacht der Mandanten in Händen hatte, verzögerte er die Erledigung des Prozesses von Woche zu Woche, ließ sich aber neue Vorschüsse zahlen. War die Lage für seinen Mandanten günstig, so schloß er einen Vergleich mit dem Gegner, betrog aber seinen Klienten um den größten Teil der Summe. Der Schwindler unterhielt sogar eine Zeitlang ein „Rechtsbüro" in Berlin. Dies mußte er jedoch bald aufgeben, da die Polizei auf ihn aufmerksam geworden war. Als er sich am Sonnabendabend mit einem neuen Mandanten in einem Café zu einer Besprechung traf, nahm ihn die Polizei fest. Er bestreitet jedes Verschulden. Der Erkennungsdienst stellte jedoch fest, daß der Schwindler in Neustrelitz, wo er ebenfalls als falscher Rechtsanwalt auftrat, unter dem Namen „Heudt" verurteilt worden war.

Die Lebensversicherung der Hingerichteten.

Eine Neuyorker Lebensversicherungsgesellschaft hat die auf den Namen des hingerichteten Komplizen von Frau Snyder, Gray, lautende Versicherungspolice von 6000 Pfund ausgezahlt. Das Geld wird zum Nutzen der zehnjährigen Tochter Grays verwandt. Die Versicherungspolice auf das Leben von Frau Snyder, die auf 19 400 Pfund lautet, wird nicht ausgezahlt werden.

Tod auf den Schienen. — TU. Paris, 16. Januar. Auf der Strecke Paris—Dünkirchen ereignete sich heute ein schweres Unglück. Zehn Kilometer von Arras wurden drei Arbeiter, die sich auf dem Gleise des Schnellzuges befanden und keine Zeit mehr hatten, auszuweichen, von dem herankommenden Schnellzug erfaßt und völlig zermalmt. Ein vierter Arbeiter, der das Unglück mit ansah, wurde wahnsinnig.

Chamberlins zweiter Versuch gescheitert. — TU. Neuyork, 17. Januar. Chamberlin hat seinen zweiten Dauerrekordversuch aufgeben müssen. Er landete nach etwa dreistündigem Flug, da sich infolge Regens auf den Tragflächen Eis bildete.

Erdstöße in Kalifornien. — TU. London, 16. Januar. In Kalifornien sind gestern zwei starke Erdstöße verspürt worden, die mehrere Sekunden andauerten. Ob Personen zu Schaden gekommen sind, ist noch nicht bekannt.

Zyklon in der Provinz Buenos Aires. — TU. London, den 16. Januar. Nach Meldungen aus Buenos Aires ist die Stadt Pilar in der Provinz Buenos Aires von einem schweren Zyklon heimgesucht worden. Zahlreiche Häuser wurden weggefegt. Die Zahl der Opfer soll sehr groß sein. Alle Verbindungen mit Pilar sind abgeschnitten.

TU. London, 16. Januar. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat dort die Aufdeckung einer Organisation für den Handel mit weißen Sklaven größte Sensation hervorgerufen. Ein Mitglied des Jockeyklubs, der in der argentinischen Gesellschaft eine sehr prominente Rolle spielt, wurde mit zwei anderen Männern im Zusammenhang mit der Angelegenheit verhaftet.

Ausweglos

Von Johannes R. Becher

Ein Leichenfeld. Statt der Gestrüppe
Stehn Knochenhaufen da. Zu den verseuchten
Gewässern kriechen lechzend sich die Krüppel.
Tief ist die Zeit. Es ist ein tierisch Leuchten.

Es ist ein Ruf, daß nochmals die Gehängten
Am Galgen zappeln. Phosphorn tropft vom Block
Das Blut des Mörders, dessen Arme renken
Sich aus dem Rumpf, und zerren an dem Rock ...

Oft frag ich mich — die Nacht glüht kalt —:
„Sind keine Spuren, die den Ausweg zeigen!? ..."
Es schweigt die Nacht. Und der Asphalt
Der Städte — schwarzes Echo dieses Schweigens.

Die werktätige Frau

Werktätige Frauen, helft!

Die „Arbeiter-Zeitung" ist eine Zeitung, die nicht bloß die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern auch von Arbeitern geschrieben wird. In den meisten Orten und Betrieben Schlesiens und Oberschlesiens gibt es Arbeiter, die über alle, für die Oeffentlichkeit interessanten Ereignisse sofort der Redaktion der „A.-Z." Mitteilung machen. Das sind die Arbeiterkorrespondenten, ohne die die Existenz der „Arbeiter-Zeitung" unmöglich ist.

Leider befinden sich unter den Berichterstattern der „Arbeiter-Zeitung" nur wenige Frauen. Dabei spielt die werktätige Frau nicht bloß im Haushalt, sondern auch in den Betrieben eine außerordentlich große Rolle. In der Textilindustrie, im Bekleidungsgewerbe, in den Zigarren- und Zigarettenfabriken, in der Porzellanindustrie, und nicht zuletzt in der Landwirtschaft ist die Zahl der beschäftigten Frauen und Mädchen nicht geringer als die der Männer, oft besteht die Belegschaft sogar vorwiegend aus Arbeiterinnen. Infolge des Fehlens der Frauenkorrespondenten ist die „Arbeiter-Zeitung" vielfach nicht in der Lage, das schwere Los der Frau im Haushalt und Betrieb zu schildern und ihr Ratschläge zur Verbesserung ihrer Lage zu erteilen.

Deshalb, werktätige Frau im Haushalt und im Betrieb, greife zur Feder! Schildere, wie du es eben verstehst, was dich bedrückt! Die Zuschriften sind an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung", Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, zu adressieren. Sie müssen den Vermerk „Für die Frauenbeilage" und die volle Adresse der Verfasserin enthalten. Jede Frauenzuschrift ist uns ein willkommener Beitrag der Beilage „Die werktätige Frau".

Aus den Peisterwitzer Zigarrenfabriken

Von einer Zigarrenarbeiterin wird uns geschrieben:

„In dem Ort Peisterwitz befinden sich drei Zigarrenfabriken, in denen hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt werden. Die Arbeit wird miserabel bezahlt und ist äußerst gesundheitsschädlich. Staubsauger und Ventilatoren gibt es in der Regel nicht. Diese Funktionen müssen die Menschen selbst ausüben. Moderne Klosettanlagen oder Wascheinrichtungen gibt es ebenfalls nicht. Gesäubert oder gefegt wird meistens nur zu Anfang oder Schluß der Arbeitszeit, die 9½ Stunden beträgt. Die Aufräumungsarbeit muß von den Lehrlingen ausgeführt werden. Gelüftet wird höchst selten. Dadurch wird an Heizmaterial gespart. In den kalten Tagen des Dezembers kam es vor, daß die weit vom Ofen entfernten Arbeiterinnen in einen Mantel oder Tuch gehüllt, arbeiten mußten. Speisesäle gibt es. Diese werden aber nicht zum Speisen, sondern zum Unterstellen von Kisten und Fahrrädern benutzt. Das Material ist sehr schlecht, so daß die Arbeiterinnen wenig verdienen können. Wochenverdienste von 8 Mk. bei 54 Arbeitsstunden sind keine Seltenheit. Lohnbeutel mit Aufrechnung kennt man nicht. Der Lohn wird den Arbeiterinnen am Tisch lose in die Hand gegeben. Der Belegschaft ist nicht bekannt, wann die Wagen, die zum Abwiegen des Materials bestimmt sind, zum letztenmal geeicht wurden. Einzelne Sorten werden besonders in einer Fabrik unter Tarif bezahlt. Auf eine Beschwerde beim Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes erklärte dieser, wegen den paar Sorten lohne es sich nicht, zum Schlichter zu gehen. In einer Bude wird das zu verarbeitende Material gepudert, so daß die Staubentwicklung besonders stark ist. Die Folgen sind Halserkrankungen. Um das Verbot der Gewerbeaufsicht kümmert sich die Fabrikleitung eben nicht. Früher waren in allen Fabriken Haushälter angestellt. Jetzt sind diese durch Frauen oder Lehrlinge ersetzt. Infolge der schweren Arbeit (Heben) sind Kropfbildungen und Unterleibskrankheiten keine Seltenheit. Wohl sind in allen Betrieben Betriebsräte vorhanden, doch sind diese zum Teil ängstlich, zum Teil unerfahren und nutzen nicht einmal die durch das Betriebsrätegesetz gegebenen Möglichkeiten aus. In der Fabrik von Otto Peter gibt es eine Anzahl Arbeiterinnen, die sich statt an die Gewerkschaft an den Meister halten. Kolleginnen, durch solche Methoden verkauft ihr euch selbst und fallt euren Kolleginnen in den Rücken. Nicht lange Arbeitszeit oder Kriecherei werden eure Lage bessern, sondern Klassenbewußtsein, einiges Auftreten den Meistern und Prinzipalen gegenüber. **Hinein in den Tabakarbeiterverband! Sorgt dafür, daß der Verband in Zukunft die Lohnkämpfe energischer als den abgeschlossenen führt.**"

Die Ursachen der Unterleibskrankheiten

Aus dem Grünberger Betrieb Gruschwitz A.-G. wird uns von einer Arbeiterin geschrieben: In der Spinnerei müssen die Spulen, die man aufsteckt und abnimmt, wie Eier behandelt werden. Da die Arbeiterinnen meistens von kleinem Wuchs sind, müssen sie geradezu auf Stelzen arbeiten. Infolge des dauernden Hochlangens ziehen sich die Frauen vielfach Unterleibskrankheiten zu und feiern dann krank. Die Arbeitszeit geht von 7 Uhr früh bis 11,30 Uhr und von 13 Uhr bis fünf Minuten nach 17 Uhr. Eine Frühstückspause gibt es nicht. Während der Arbeitszeit ist das Waschen und Umziehen verboten. Ist aber Feierabend, so heißt es: „Raus, raus, das Licht wird ausgemacht." So sind die Frauen vielfach gezwungen, schmutzig nach Hause zu gehen. Der jugendliche Aufseher — 22 Jahre alt! — ist bei den Arbeiterinnen sehr unbeliebt, insbesondere, weil er sogar ein Strafbuch eingeführt hat. Wer während der Arbeitszeit beim Waschen, Essen oder beim Umkleiden ertappt wird, muß Strafe zahlen, obwohl der Verdienst doch nur ein Hungerlohn ist. Lange werden sich die Frauen diese Zustände nicht tatenlos ansehen. Restlos hinein in den Textilarbeiter-Verband. Kämpft geschlossen!

9 Pfennige Stundenlohn!

Lohnabrechnung einer Arbeiterin aus dem Textilbetrieb Rinkel in Landeshut:

Arbeitsdauer	24,03 Stunden
Verdienst	2,87 Mark
Abzüge:	
Krankenkasse	0,34 Mark
Invaliden-Vers.	0,15 Mark
Erwerbslosen-Vers.	0,11 Mark
Bleibt ein Reinverdienst	2,27 Mark

Ein „fürstlicher" Lohn! Die Arbeiterin verdient demnach neun Pfennig pro Stunde. Die schlesischen und oberschlesischen Textilarbeiterinnen haben alle Veranlassung, die Kündigung des Lohntarifs zum 31. März zu fordern. Von den in einigen Betrieben erfolgten Entlassungen und Kurzarbeit dürfen sie sich vom Kampf um menschenwürdige Löhne nicht abhalten lassen. Restlos hinein in den Textilarbeiter-Verband! Unterstützt dort die Opposition! Fordert, daß der neue Lohntarif erst nach Zustimmung durch die Mitgliedschaft in Kraft treten darf! Verhindert, daß die reformistischen Führer ähnlich wie im vergangenen Jahre, ohne Befragen der Mitgliedschaft zustimmen!

Wie der Schäfer seine verlorenen Schäflein sucht

Die Schwarzröcke in Altwasser merken bereits auch schon, daß ihre Verdummungsanstalten leer werden und senden deshalb an die ausgetretenen Mitglieder folgendes Schreiben, um ihre verlorenen Schäflein wieder einzufangen. In dem Schreiben mit der Unterschrift von Pastor Schäfer heißt es:

1. **Ein Ausgetretener hat nicht mehr das Recht, sich evangelisch zu nennen.**
2. Ein Ausgetretener hat nicht mehr das Recht, **Pate zu stehen** oder als **Zeuge** bei einer evangelischen **Trauung** aufzutreten.
3. Ein Ausgetretener hat **nicht mehr das kirchliche Wahlrecht.**
4. Ein Ausgetretener hat nicht mehr das Recht, an der Feier des **heiligen Abendmahls** teilzunehmen.
5. Ein Ausgetretener hat nicht mehr den Anspruch auf eine **kirchliche Trauung.**
6. Ein Ausgetretener hat nicht mehr den Anspruch auf ein kirchliches **Begräbnis.**
7. Kinder von Ausgetretenen können nur dann **getauft** werden, wenn einer der Ehegatten der evangelischen Kirche angehört und die christliche Erziehung verspricht, während der andere sie ausdrücklich gestattet.
8. Kinder von Ausgetretenen können nur dann **konfirmiert** werden, wenn sie getauft sind und am evangelischen Religionsunterricht regelmäßig teilgenommen haben usw.

Arbeiterfrauen, geht nicht auf die Leimruten, die die Pfaffen auslegen. **Kehrt der Kirche den Rücken! Lest die „Arbeiter-Zeitung" und werbet Mitglieder der KPD.** Das ist die einzig richtige Antwort für die Pfaffen.

Aus den Gewerkschaften

Pinkerton-Spitzel an der Arbeit

Durch die Wachsamkeit einiger Arbeiter war es vor kurzem möglich, den Hauptagenten der Pinkerton-Gesellschaft, den in unserer Zeitung bereits gekennzeichneten Willi Heinrich aus Berlin, zu stellen. Vor Angst, mit einigen Arbeiterfäusten Bekanntschaft zu machen, überließ dieser Kerl seine Aktentasche den Arbeitern und flüchtete. Wir gelangten dadurch in den Besitz einer großen Anzahl von Betriebsberichten, die dieser Heinrich im Auftrage der Pinkerton-Gesellschaft abgefaßt hat, und sonstiger wichtiger Schriftstücke, die einen Einblick in die Geschäftspraktiken der Pinkerton-Gesellschaft und die Arbeitsmethoden des Spitzels ermöglichen.

Arbeitsmethoden des Spitzels

Meistens machen sich der Heinrich oder ein gewisser Siesnewski (gleichfalls Agent der Pinkerton-Gesellschaft) an ein Mitglied des Betriebsrates oder einen bekannten Kommunisten, der ihm zuvor von der Direktion des betreffenden Unternehmens namhaft gemacht wurde, heran. Sie stellen sich dabei meistens als Redakteur oder Korrespondent einer kommunistischen Zeitung vor, geben sich manchmal auch als Mitglied einer Rußland-Delegation oder ähnlichem aus. Da sie sich in der Regel zuvor durch Zeitungen einen gewissen Ueberblick über die jüngsten Vorgänge im Betriebe, selbstverständlich werden sie auch von den Direktionen informiert, verschaffen, können sie in ihren Gesprächen an diese Vorgänge anknüpfen und nähere Einzelheiten dann aus den betreffenden Genossen oder Kollegen herauslocken.

Eventuelle Schwierigkeiten versuchen sie mit Hilfe gefälschter Ausweise zu überwinden, die oft derart plump gefälscht sind, daß man ihnen dies schon von weitem ansieht. So legitimierte sich der Heinrich einmal mit einer Karte, die mit „Nachrichten-Zentrale N. S. U." unterzeichnet war.

Falsche Berichte

Die Pinkerton-Agenten nehmen es allerdings auch mit der Abfassung der Berichte, die sie im Auftrage ihrer Gesellschaft für die einzelnen Unternehmungen abfassen, nicht sehr genau. Sie setzen, da sie für ihr Geld doch etwas leisten müssen, alle Namen, die sie irgendwie in Erfahrung bringen können, auf die Liste der „Geheimen Mitglieder" der kommunistischen Zelle. Uns liegen eine Reihe von Berichten vor, in denen auf diese Weise Personen namhaft gemacht wurden, die in ihrem Leben noch nie unserer Partei angehörten. Zur Fälschung der Berichte wird — es liegen uns entsprechende Beweise vor — der Pinkerton-Agent indirekt vom Direktor der Pinkerton-Gesellschaft angestiftet.

Abwehr

Durch die Bezirksleitung wird den Betriebszellen, von denen bekannt ist, daß in zurückliegender Zeit ein Pinkerton-Agent einen Bericht über sie ausarbeitete, noch eine besondere Mitteilung zugehen. Es ist unbedingt notwendig, daß jede dieser Zellen daraufhin Stellung nimmt und überprüft, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um in Zukunft das Eindringen von Pinkerton-Subjekten zu vermeiden. Unseren Genossen muß größte Vorsicht in Gesprächen mit Betriebsfremden eingeschärft werden. Personen, die sich als Berichterstatter oder Beauftragte von höheren Parteileitungen vorstellen, die sich nicht einwandfrei legitimieren können und die nicht durch die zuständige Parteileitung angemeldet sind, darf keinerlei Auskunft über Tätigkeit der Zelle und Betriebsverhältnisse gegeben werden. Unsere Genossen sollen die „Politik" am Biertische bleiben lassen; denn einen Teil ihrer Auskünfte beziehen die Pinkerton-Subjekte aus den Kneipen. Daneben ist notwendig, daß unsere Genossen in den Fällen, wo tatsächlich Denunziationen durch einen Spitzel erfolgten, veranlassen, daß im Betriebsrat Stellung genommen wird. Der Betriebsrat, die freigewerkschaftlichen Funktionäre, die sozialdemokratischen Arbeiter müssen zur gemeinsamen Abwehr aller Vorstöße der Direktion auf Grund von Pinkerton-Berichten (Entlassungen, Versetzungen usw.) gewonnen werden. In den Betriebszellen, in der örtlichen Parteizeitung, in Versammlungen ist in breitester Front die Tätigkeit der Pinkertons, ihr Zusammenarbeiten mit den Werksleitungen, zu behandeln und so eine Massenstimmung gegen diese Subjekte zu schaffen.

Wiederwahl der oppositionellen DMV.-Ortsverwaltung in Schweidnitz

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

In der Generalversammlung der Schweidnitzer Metallarbeiter wurde zunächst der Bericht der Kollegen Helfer und **Wiesner** über den abgeschlossenen Mantelvertrag entgegengenommen. Der neue Vertrag weist im großen und ganzen keine wesentlichen Veränderungen auf. Nur sollen in Zukunft auch die **Lohnarbeiter der Gruppen C bis E einen festen Zuschlag statt von 5 einen solchen von 10 Prozent ab 1. Januar 1928** erhalten. **Die Prozenttabelle, die einer dringenden Abänderung bedarf, bleibt bis 30. Juni 1928 in Kraft.** Den **Mitgliedsfirmen des Verbandes niederschlesischer Metallindustrieller soll empfohlen (!) werden, den Lehrlingen drei Tage Urlaub zu geben.** Die Gruppen A und B (Alter 21 bis 24 Jahre) werden nun nach der Gruppe der über 24 Jahre alten Arbeiter entlohnt werden. Die Forderung, Schweidnitz in die Ortsklasse 1 zu übernehmen, ist wiederum abgelehnt worden. **Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen mit dem neuen durch Schiedsspruch zustandegekommenen Manteltarif durchaus nicht einverstanden waren.**

Anschließend gab Kollege Hirsch den Geschäftsbericht für das Jahr 1927. Dieser zeugte von einer arbeitsreichen Tätigkeit der Ortsverwaltung, die in der Aussprache einstimmige Anerkennung der Mitglieder fand. Bei den Wahlen wurde der bisherige Geschäftsführer Kollege Hirsch einstimmig wiedergewählt. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Wahl des Genossen **Wiesner** (Former) zum zweiten Bevollmächtigten. Er gehörte bereits der alten Verwaltung an. Die weitere Wahl brachte die Wiederwahl des Kollegen Schennert als Schriftführer, des Kollegen Elter als 1. Revisor und der Kollegin Gellrich als 2. Revisor. An Stelle des Kollegen Geburt wurden von den vorgeschlagenen Gräulich und Eilner der erstere mit Stimmenmehrheit zum 3. Revisor gewählt. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten wurde der Kollege **Wiesner** zur Bezirkskonferenz gewählt, die am 12. Februar in Breslau stattfinden soll.

Heut gehen wir 5 und 8 Uhr
mit **neuer Kraft** in den Kampf als
Eissportsegler, Walfischfänger und Todesboxer
Auf hoher See
Pat & Patachon
Kultur-Programm:
Die Bekehrung und ein Lustspiel
Gewerkschaftshaus-Lichtspiele
Kinder nur von 6 Jahren ab haben Zutritt 25 Pfg.
Erwachsene 50 Pfg.
Erwerbslose, Invaliden und Rentner mit Ausweis nur bis 5 Uhr 25 Pfg.
Arbeiter-Sportkartell E. V.

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 15. bis 22. Januar 1928
Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 11
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 11
Cavalleria rusticana
hierauf
Der Bajazzo
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 11
Der Freischütz
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 11
Rigoletto
Freitag, 15.30 Uhr
Erwerbslosen-Vorstellung
(Kein Kartenverkauf)

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr
Eine Frau von Format

Circus Busch
Schau-Arena
Heute ringen:
Steurs-Grünellen
Andres-Keltröm
Prohaska-Ahrens
Entscheidungskampf
Kilch-Hutanen

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter und Roßhaare sehr billig. Watteline Meter 2 Mk., Garn 1000 Meter 25—90 Pf., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2.— bis 8.— Mk., Knöpfe Dtzd. 3 bis 10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erdal 15—90 Pf.
Alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Färberei Felix, Breslau 24
Gräbschener Str. 249 51 Fernr. Steph. 30934
färbt, wäscht, reinigt alles!
Läden u. Annahmestellen in allen Stadtteilen
Vorzeiger dieses Inserats 5 Proz. Rabatt

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1. tägl. 20 Uhr
Fünf von der Jazzband
Sonnabend, d. 21. 1. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Erbschaft"
Von Antonis Ugeitna
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
Aschenbrödels Märchenwald

Thalia-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1., tägl. 20 Uhr
„Zinsen"
Sonnabend, 21. 1., 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Lüge"
Drama von Kolobonyn Wynnytschenko
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
„Schneewittchen u. Rosenrot"

Apollo-Lichtspiele Adalbertstr. 8
Nur bis Donnerstag!
Wieder ein Prachtprogramm!
Bruno Kastner — Friedel Haerlin in
Razzia i. Hotel Erzherzog Viktoria
Drama a. d. Wien nach d. Revolution
Bill der Cowboy
Erlebnisse im wilden Westen
Bummle nur mit deiner Frau
Groteske in 2 Akten
Ab Freitag: **Rivalen**

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein
Der vom Gemeindevorstand im Einverständnis mit der Gemeinde-Vertretung unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde festgesetzte Fluchtlinienplan für die Hauptstraße, in der Ausdehnung vom Marktplatz bis zum Sägewerk Herda im Gemeindebezirk Weißstein, liegt gemäß § 8 des Fluchtlinienengesetzes vom 2. Juli 1875 **vom 15. Januar bis 15. Februar 1928** im hiesigen Gemeindebauamt öffentlich, zu jedermanns Einsicht aus.
Weißstein, den 13. Januar 1928
Der Gemeinde-Vorsteher
Hertwig

Inserate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Beuthen
Metallbetten
Auflegematratzen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Piekarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

21 Bilder der Roten Revue, Ansprache und Rezitationen füllen das **Programm** der **LLL**-Feier! **Donnerstag** 20 Uhr **Zentralballsaal** Westendstraße 56

Breslauer Arbeiter erscheint in Massen

Dienstag 18 Uhr sämtliche Bühnenarbeiter. — 19,30 Uhr Trommlerusw. — 20 Uhr Gesangsprobe, Sprechchor. Einzelne Darsteller, Bühnenarbeiter usw.
Mittwoch pünktlich 19,30 Uhr im „Zentral-Ballsaal“ zur Generalprobe.

Breslau

Aus Breslauer Gerichtssälen

Heute Parteikurse!

Stadtteil Ost: Webskyschloß, Webskystraße. Referent Hausen.
Stadtteil Süd-Zentrum: Turmhof, Antonienstr., Ref. Dombrowski.
Stadtteil Nord: Zellen 1, 2, 3: Rathey, Schießwerderstr. 15, Ref. Erbe. Zellen 4, 5, 6, 7: Leninheim, Oelsnerstraße 27, Referent Wollweber.

Beginn 20 Uhr. Thema: „Partei und Internationale.“ Alle Parteigenossen, die sich schulen wollen, erscheinen.

Entlassungen bei Linke-Hofmann

Kaum haben sich die Aufträge der LHL.-Werke verringert, da ist die Direktion bereits bestrebt, im Interesse der Aktionäre Proleten auf die Straße zu werfen. Fast jede Woche werden 100 Arbeiter entlassen. Die Arbeiter sollen das Risiko tragen. In der Hochkonjunktur aber haben die Arbeiter des Werkes keinen Pfennig mehr verdient und Löhne bezogen, die durch die Teuerung längst überholt waren.

Das brutale Vorgehen der LHL.-Werke fordert zum schärfsten Protest heraus. Durch neun Millionen Aktienkauf ist die Stadt im vorigen Jahre dem bedrohten Werk helfend beigesprungen. Mit Hilfe städtischer Gelder ist das Werk saniert worden und hat seine Arbeiterzahl von 3000 auf 7000 erhöhen können. Jetzt bedankt es sich für diese Hilfeleistung dadurch, daß es die Zahl der Arbeitslosen vermehrt und die Finanzlage der Stadt verschlechtert. Wieder einmal ein Beweis dafür, daß die von der SPD. ständig befürwortete „Hilfe für die Wirtschaft“ nur eine Unterstützung gewinnlustiger Aktionäre bedeutet.

Vom Todesschlaf erwacht

Es dürfte nicht oft vorkommen, daß ein Mensch lebend sein eigenes Grab verläßt. Am Sonnabend, 20,40 Uhr, geschah dies jedoch in der Jahrhunderthalle. Da wurde To Kha, der urdeutsche „indische“ Fakir aus seinem freiwillig aufgesuchten Grabe ausgegraben. Damit endete das Experiment des 120stündigen „Todesschlafes“. Seine Bedeutung ist nach den letzten Erklärungen, die durch To Khas Impresario gegeben wurden, bedeutend geringer geworden. Während zuerst behauptet wurde, To Kha führe sein Experiment in einem von jeder Luftzufuhr abgeschnittenen Sarge durch, hat sich nunmehr einwandfrei herausgestellt, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Die eine Wand des Sarges bestand nämlich aus Gaze, durch welche die Luft, die aus dem „Lichtschacht“ zugeleitet wurde, ungehindert in den Sarg kam. Vom Experiment bleibt also nur noch der Dauerschlaf übrig. Auch hier wäre, nach den letzten Erfahrungen, noch genau zu prüfen, wieweit überhaupt von „Dauerschlaf“ die Rede sein kann, und ob nicht nur ein ganz gewöhnlicher periodischer Schlaf To Khas ganzes „Experiment“ war. Jedenfalls hat der Fakir nichts bewiesen. Es war ein geschäftlicher, aber kein wissenschaftlicher Versuch. Trotz der großen Erwartungen hat das Breslauer Gastspiel mit einem Fiasko geschlossen. Kaum 1000 Mark sind während der fünf Tage eingekommen.

To Kha soll nunmehr angeblich nach Amerika eingeladen worden sein, wo ihm für jedes Auftreten 30 000 Mark geboten würden. Nur eine Bedingung haben die Amerikaner: er muß sich unter Wasser „begraben“ lassen. Und daran dürfte die Amerika-Tournee scheitern. Denn wasserdichte Gaze hat selbst To Khas geschäftstüchtiger Impresario noch nicht erfunden.

Das neue Polizeipräsidium

Ohle 4284 und 4285 sind die Anschlußnummern der Abteilungen im Neubau des Polizeipräsidiums. Die Fernsprechzentrale des alten Polizeipräsidiums ist nicht mehr befugt, Gespräche aus dem Fernsprechnetz Breslau, die beim alten Präsidium ankommen, nach dem Neubau umzuleiten. Das Publikum wird daher ersucht, um sich vor Schaden durch Doppelbezahlung von Gesprächsgebühren zu bewahren, im Verkehr mit den nachfolgend aufgeführten Dienststellen nur noch die Fernsprechnummer Ohle 4284 und 4285 zu benutzen. Es sind dies folgende **Abteilungen:** **Abteilung 2:** für Angelegenheiten des stehenden **Gewerbebetriebes**, mit Ausnahme der Verkehrsangelegenheiten (§ 37 G.-O.), **Film-** und Filmplakatzensur, **Schmutzliteratur** und **Kunstausschüsse. Abteilung 4:** Gesundheits- und Tierheilpolizei und **Wohlfahrtswesen. Abteilung 5:** Straßen-, Verkehrs-, Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei und Fischereiangelegenheiten. **Abteilung 6:** Polizeiübertretungssachen, Gnadensachen, einschl. Strafaussetzungs- und Straflöschungsangelegenheiten, Strafaktenverwaltung, Kirchen- und Schulwesen. **Abteilung 7:** Alle Angelegenheiten des nicht stehenden Gewerbebetriebes und Transportwesen. **Gewerberevier:** Dem Gewerberevier liegen die Kontrollen über sämtliche **Lebensmittelgeschäfte**, in **Gast-** und **Schank-** und Speisewirtschaften die Prüfung der Schankgefäße, **Spülvorrichtungen** und in hygienischer Hinsicht sowie die **Kontrolle** über Maße und Gewichte usw. ob.

So geht es den Invalidenrentnern

Ein Invalidenrentner schreibt uns: Ich wurde nach schwerer Krankheit, zugezogen im Kriege, teilweise durch die mit 57 Jahren eintretenden Alterserscheinungen, nach monatelanger Behandlung Invalide. Auf Antrag wurde mir die Zusatzrente nach fünfmonatiger Wartezeit (also von Juli bis Dezember) durch besonders tüchtige Ermittlung von einer ledigen, gut im Einkommen stehenden Beamtentochter zuerkannt. Das ging bis zum Juli 1927. Ohne jede Begründung wurde mir die Rente entzogen, obwohl in meinem Befinden keine Besserung eintrat. Nach wiederholten Anträgen bis zum Prüfungs-Ausschuß bekam ich endlich den Bescheid: Meine zwei Söhne werden als Arbeitslose so reichlich unterstützt (der eine erhält 6 Mark, der andere 10,50 Mark die Woche), daß die Eltern davon noch unterstützt werden können. Dazu verdient noch meine Frau ungefähr 6 Mark pro Woche. Der älteste Sohn hat jetzt geheiratet, und der jüngste kann 8 Mark Kostgeld die Woche geben. Auf erneutes Gesuch wurden mir 11 Mark gewährt, also nicht mal das, was mir gesetzlich zusteht. Nun habe ich gerade meine zwei ältesten Söhne im Kriege verloren, dazu noch meine Ersparnisse und die Gesundheit. O herrliche Welt!

Vor einiger Zeit haben wir erst die skandalöse Behandlung eines Invalidenrentners geschildert, der auf dem Sterbebette für arbeitsfähig erklärt wurde. Die obige Zuschrift ergänzt das Bild von der Fürsorge „bis ins hohe Alter“ und zeigt, wie die Behörden des Klassenstaates die Invalidenrentner zur Verzweiflung treibt.

Antisemitische Türklinkenmarder

In der Nacht zum 15. Mai v. J. hörte der Sohn des Wärters des jüdischen Friedhofs auf der Claassenstraße den Wachhund anschlagen. Er begab sich hinaus und konnte gerade noch sehen, wie sich zwei Männer eiligst in der Richtung Hauptbahnhof entfernten. Wie er dann feststellte, war an der kleinen Friedhofspforte die Türklinke abgebrochen, während die Klinke am großen Tor verbogen war. Nachdem er sich wieder ins Haus begeben hatte und etwa 20 Minuten vergangen waren, schlug der Hund ein zweites Mal an. W., so heißt der Obengenannte, stürzte wieder hinaus und sah genau so wie das erstemal zwei Männer ind er Richtung nachdem Hauptbahnhof sich entfernen. Er nahm nun die Verfolgung auf, und im Wartesaal des Bahnhofs ließ er die beiden dann durch einen Polizeibeamten verhaften. Der eine war eine Student namens Gensert und der andere ein Schlosser mit Namen Schönborn.

Beide standen jetzt wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung vor Gericht. Obwohl in der fraglichen Nacht niemand außer ihnen auf der Claassenstraße zu sehen war, leugneten sie hartnäckig, die Täter zu sein. Der Student war zur Verhandlung im biederdeutschen Cut erschienen und hatte sämtliche amtlichen und privaten Stanzbleche angelegt. Der im Auftrag der Synagogengemeinde als Nebenkläger zugelassene Rechtsanwalt Foerder führte aus, daß Gensert durch seine radauantisemitischen Pöbeleien schon bekannt sei. So habe er unter anderem Patienten, die sich zu einem in seinem Hause wohnenden Arzt begeben wollten, Vorwürfe gemacht, daß sie als Deutsche einen jüdischen Arzt konsultieren.

Richter: „Haben Sie sich in dieser Weise antisemitisch betätigt?“

Angeklagter Gensert (mit feierlichem Tremolo): „Ich bin als alter Frontsoldat gewöhnt, mich als deutscher Mann zu betätigen.“

Wie sich aus der Verhandlung ergab, hatte sich dieser treudeutsche Mann mit seinem Kameraden bis 2 Uhr nachts in einer Kaschemme auf der Krullstraße aufgehalten, und beide sind dann, ahnungslos wie ihr Idol Ludendorff am Tage des Kapp-Putsches, durch die nächtlichen Straßen gewandelt.

Der Staatsanwalt beantragte bei beiden Angeklagten Freispruch, und das Gericht erkannte demgemäß.

Kommunisten wären bei Vorliegen derartig klarer Indizien bestimmt hart verurteilt worden.

„Landfriedensbruch“ in der Gastwirtschaft

Als am 1. Mai v. J. drei junge Leute, namens P., M. und K., in das Lohausensche Lokal auf der Brandenburger Straße kamen, herrschte dort großer Betrieb. Es handelt sich nämlich um ein Trefflokal der sogenannten „Vaterländischen Verbände“, und es wimmelte in der Kneipe von Stahlhelmern, Wehrwölfen und ähnlichen sonderbaren Zeitgenossen. P., der schon etwas angeheitert war, sah plötzlich vor seinen Augen ein schwarzweißrotes Kinderfähnchen schweben, und da ihm das sehr dumm vorkam, knacks, zerbrach er es. Nun setzte ein großer Tumult ein. Auf dem Kopfe des Fahnen-„schänders“ zerhieb ein vaterländischer Rede von hinten ein Bierglas. In dem Gedränge mußte P. darauf bedacht sein, sich seiner Haut zu wehren, und darum schlug er gleichfalls um sich. Dabei wurden zwei Leute verletzt.

Aus diesem Kneipentumult hatte nun die eifrige Staatsanwaltschaft einen „Landfriedensbruch“ konstruiert und deswegen Anklage gegen die drei Genannten erhoben. Dieser Tage stand die Sache auf Zimmer 65 des Landgerichts zur Verhandlung. Die Beweisaufnahme ergab, daß von Landfriedensbruch nicht geredet werden könne. Und so mußte auch der Staatsanwalt die Anklage wegen Landfriedensbruch fallen lassen. Nicht einmal Hausfriedensbruch käme in Frage, so führte er aus, denn die Angeklagten hätten ja in dem Gedränge gar keine Möglichkeit gehabt, das Lokal zu verlassen. Sein Antrag lautete bei P. auf drei Monate Gefängnis wegen Körperverletzung und bei den anderen beiden Angeklagten auf Freispruch. Das Gericht schloß sich im wesentlichen der Argumentation des Vertreters der Anklage an und erkannte gegen P. auf 200 Mark Geldstrafe, während die übrigen zwei Angeklagten freigesprochen wurden.

„Jetzt werden die nicht mehr von Klassenjustiz sprechen können,“ heulten nachher im Korridor etliche Wehrwölfe. Dabei ist doch dieses Urteil gewiß nicht als besonders milde anzusprechen.

Siedlungswohnungen „ausverkauft“. Die Siedlungsgesellschaft schreibt uns: Wir geben hierdurch bekannt, daß unsere vormittags von 10 bis 12 Uhr ausliegende Bewerberliste am Montag, dem 23. Januar, bis auf weiteres geschlossen wird.

Umgangsformen eines sozialdemokratischen Armenpflegers. Zu dieser Notiz teilt uns Herr Pohlensänger, Anderssenstraße 11, berichtigend mit, daß er den Pflegling Prinz nicht als „grünen Jungen“ bezeichnet hat. Herr Pohlensänger behauptet, daß er von Prinz gereizt worden ist. Darauf ließ sich Pohlensänger zu der Aeußerung hinreißen: „Lernen Sie erst arbeiten!“ Da uns von anderer Seite mitgeteilt wird, daß Herr Pohlensänger im allgemeinen im Verkehr mit den ihm überwiesenen Pfleglingen sich an die Bestimmungen hält und in keiner Weise zu Klagen Anlaß gibt, halten wir den Vorfall nunmehr für erledigt.

In der Kirche tot aufgefunden. Sonntag früh wurde in der Dorotheenkirche die 63jährige Frau Karoline Zimpel von dem Küster in einer Bank tot aufgefunden. Ihre Leiche wurde nach der Anatomie geschafft.

Zu Tode gefahren. Der 16jährige Martin Scholz wurde Sonntag vormittag, als er in der Taschenstraße auf ein von seinem Vater gelenktes Fuhrwerk aufsprang, überfahren. Die Räder gingen ihm über den Leib und den Kopf, so daß er auf der Stelle tot war.

Selbstmord. Aus Gram über den Tod seiner Frau, die an einer Entbindung gestorben war, erhängte sich ein Mann, namens Willi Frampitz. Er hinterläßt fünf Kinder.

Zwischenfall in der Bernhardinkirche. Eine geistesgestörte Frau begann am Sonntag während der Predigt des Pastors ebenfalls laut zu reden. Die Frau wurde in ein Polizeirevier geschafft, wo sie der Ehemann abholte.

Straßenunfall. Auf der Neuen Sandstraße wurde am Sonntag die Wirtschafterin Woischnik von einem Radfahrer umgefahren. Sie erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital geschafft.

Ein neuer Schulleiter. Zum Oberstudiendirektor an der Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule als Nachfolger des Direktors Vogt hat der Magistrat den Oberstudienrat an derselben Anstalt, Dr. Paul Gerlich, gewählt.

Kino

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Pat und Patachon, die Lieblinge der großen und kleinen Filminteressenten, werden heute und morgen noch einmal ihre Reiseerlebnisse als Seeleute zu Wasser und zu Lande als auch im fernen Spanien uns vor Augen führen. Jahren ab Zutritt. Im allgemeinen Interesse wird darum gebeten, mit Kindern nur zur 5-Uhr-Vorführung zu kommen. Wer zeitig kommt, sichert sich einen guten Sitzplatz!

Tauentzien-Theater. „Der große Sprung.“ Ein Skifilm lustigen Inhalts. Skirennen um (natürlich) ein Mädchen. Ein Pseudoberliner will sie gewinnen und (natürlich) erreicht auch sein Ziel. Wenn es etwas schwierig wird, hilft er mit einem mit Luft gefüllten Anzug und einem Propeller an der Hinterfront seines Körpers nach. Der Film wurde reichlich belacht, ebenso eine Groteske. Die Ufa-Wochenschau vervollständigt das Programm.

Lichtbildbühne Ost. Einen anregenden Abend bietet das Henny-Porten-Filmspiel „Wehe, wenn sie losgelassen“. Dazu der Detektiv-Film „Der Tiger von San Pedro“ mit Sherlock Holmes.

Apollo-Lichtspiele. „Der Orient-Expreß“, mit Lil Dagover und Heinrich George in den Hauptrollen. Letzterer bringt uns in der Rolle des kleinen Stationsbeamten Peter Karf diesem dumpf und triebhaft dahinlebenden Sehnsüchtigen nahe. Seine Erwartung wird Ereignis. Der sonst durchrasende Orient-Expreß hält auf seiner kleinen Station, die Ursache des Aufenthalts, die schöne Selbstmörderin, wird krank in sein Stationsgebäude gebracht. Das nun Folgende, sein tölpelhaftes Werben um die Genesende, einer Dame der Gesellschaft, sein Nichtfassenkönnen der Ablehnung ist lächerlich und — rührend. Sonntag und Montag laufen „Jagd auf Menschen“ mit Carlo Aldini und das Beiprogramm.

Odertor-Lichtspiele. „Jagd auf Menschen“. Die „moderne“ Ehe, bei deren Scheidung dem Gatten das Kind zugesprochen wird. Die Mutter, damit nicht einverstanden, flieht mit dem Kind und verbirgt sich. Der Detektiv, der das Kind zurückbringen soll, der sich als harmloser Chauffeur einschleicht, vermag seinen Auftrag nicht auszuführen, bezaubert von der Mutter. Er heiratet sie am Schluß. Außerdem „Der keusche Josef“, ein Lustspiel, das an die Lachmuskeln der Zuschauer große Anforderungen stellt. Sonntag und Montag „Hotel Erzherzogin Viktoria“ und das übrige Beiprogramm.

Stadtgraben-Lichtspiele. „Die Kirschen in Nachbars Garten.“ Schauspielerisch ist es ein vollendetes Stück und der Sinn ist so natürlich, daß man sich mitunter selbst darin erblickt. Ein gutes Beiprogramm und die Opelwochenschau vervollständigen das Programm. —ke.

Ohlau. Großfeuer. In der Nacht zum Sonntag brannte die über 100 Jahre alte hiesige Stadtmühle, die sogenannte Türkemühle, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Vier **Kinder**, deren Eltern abwesend waren, konnten noch in der letzten Minute gerettet werden.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Altwasser. Dienstag 18,30 Uhr Kursus bei Genossen Timmermann, Breslauer Straße 42.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.
— **Nord.** Mittwoch 20 Uhr Heimabend Michaelisstr. Ref. anwesend.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.
— **Gruppe Nord.** Dienstag und Donnerstag 17 Uhr Zusammenkunft „Stadt Namslau“.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— **NFMB., Abt. 1 u. 2.** Dienstag 19,30 Uhr „Stadt Wien“, Malergasse, Versammlung. Ref. Gen. Reim. Thema: „Mieterfrage.“ Gäste willkommen.

Strehlen, Rote Jungfront. Mittwoch 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende, „Stadt Breslau“.

Grünberg. Donnerstag 19 Uhr bei Fabich Funktionärsitzung.

Waldenburger Bergland

Bürgerlicher Stadtparlamentsvorstand in Gottesberg

Durch die Schuld der Sozialdemokraten

Am 12. Januar fand in Gottesberg die erste Stadtverordnetenversammlung des neuen Jahres statt. Aus dem Bericht des Schriftführers ging u. a. hervor, daß der sozialdemokratische Stadtverordnete Tast den Rekord im Sitzungsschwänzen erreicht hat. Von zehn Sitzungen war er nur in sechs anwesend. Was nützen die linken Vertreter, wenn sie durch ihr Fernbleiben der Rechten zur Mehrheit verhelfen? Auf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats wurde vor der öffentlichen eine geheime Sitzung abgehalten, in der Anleihefragen erledigt wurden. In der öffentlichen Sitzung erfolgte dann die Vorstandswahl. Infolge Fehlens zweier Sozialdemokraten waren die Bürgerlichen in der Mehrheit und besetzten alle Posten. Zum Vorsteher wurde der Rektor Brauner gewählt. Schon der nächste Punkt gab ihm Gelegenheit, seine „Fähigkeiten" zu beweisen. Da hieß es „Wahl einer Waisenrätin", trotzdem es so etwas überhaupt nicht gibt, da die Waisenräte in der Wohlfahrtskommission gewählt werden. Genosse Ullrich geißelte diese Schlamperei und brachte den neugebackenen Vorsteher völlig aus dem Häuschen. Der dritte Tagesordnungspunkt betraf das Gesuch zweier Hilfslehrer um Gewährung einer Wohnungsbeihilfe. Der Kommune werden, ob sie gebraucht werden oder nicht, ganz einfach einige Hilfslehrer zugeschickt, welche von der Landesschulkasse mit

sage und schreibe 150 Mark pro Monat

besoldet werden. Davon gehen die 10 Prozent Steuern, sonstige Abzüge und die Ausgaben ab, welcher ein Hilfslehrer zu seiner weiteren Ausbildung unbedingt bedarf. In anderen Kommunen erhalten die Hilfslehrer einen monatlichen Zuschuß von 30 Mark. In Gottesberg scheint dies nicht möglich zu sein. Die linke Fraktion beantragte einen laufenden Zuschuß von 30 Mark pro Mann und Monat. Der Rechten war das zuviel, und da meinte der Drogist Jachmann, am besten, man gibt ihnen gar nichts. Gerade Jachmann dürfte als letzter diesen Vorschlag machen! Der Beamtenvertreter Lehrer Parode fand warme Worte für den Antrag der Linken, stimmte jedoch nicht dafür. In der letzten Sitzung des Vorjahres beantragten die Kommunisten, daß beim Ausbruch eines Bergarbeiterstreiks die Kinder der Streikenden von der Stadt gespeist werden sollen. Nun wurde der Beschluß des Magistrats bekanntgegeben, daß dieses aus technischen und finanziellen Gründen unmöglich sei. Die Mitteilung war lediglich zur Kenntnisnahme bestimmt, trotzdem ließ der Vorsteher abstimmen. Ueber was, das weiß Johannes auch heute noch nicht. Ein Verwaltungsbericht für das Jahr 1926 wurde nicht gegeben. Auch unterließ es der neue Vorsteher, dem am 16. Dezember schwer verunglückten Vorgänger, Kollegen Schöps, einige Dankesworte zu sagen. Kollege Schöps war nur ein Arbeiter, trotzdem besaß er mehr Taktgefühl und Routine als der jetzige Vorsteher. Das scheint in den Augen der Bürgerlichen Nebensache zu sein. Hauptsache ist, daß das Jahrzehnte lange Streben des Rektors Brauner endlich in Erfüllung gegangen ist.

Der tägliche Mord auf der Melchiorgrube

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Vor kurzer Zeit ging im Bismarckflöz auf der sechsten Sohle ein vier Meter hoher Pfeiler zu Bruch. Trotz der Aufräumungsarbeiten wurde weiter gepfeilert; denn wo sollte sonst der Bergverwalter Timmermann die Kohle, Kohle, Kohle hernehmen? Am 9. Januar wurden die dort arbeitenden Kameraden durch andere aus der 14. Abteilung ersetzt. Am 11. Januar ging der Pfeiler abermals zu Bruch und begrub vier Kameraden. Während drei sich trotz schwerer Verletzungen noch selbst retten konnten, blieb der vierte unter den Gesteinsmassen verschüttet. Nachdem er befreit wurde, wollte man ihn verbinden, da er neben Kopf- und schweren inneren Verletzungen auch einen Bruch des rechten Unterschenkels davongetragen hatte. Aber, o Jammer, das Unglück geschah auf der sechsten Sohle, und der vorschriftsmäßige Verbandskasten befand sich auf der vierten Sohle und — — leer! Was tun? Schnell einem Kumpel das Hemd vom Leibe gerissen, einige Bretter genommen und dem verunglückten, Kameraden Krebs das Bein geschient. Wer nun glaubt, damit wäre alles in Ordnung gewesen, der täuscht sich. Das Unglück geschah um 7,30 Uhr. Als man mit dem Verunglückten zum Hauptschacht kam, war es bald 11 Uhr; denn statt zum Transport den Senkschacht zu benutzen, mußte der Kumpel über einen langen, niedrigen, halbverbrochenen Bremsberg hinaufgeschleppt werden. Angeblich packte beim Senkschacht die Bremse nicht. Der mit verunglückte Kollege Chiche schleppte sich noch selbst bis zum Bahnhof, wo er zusammenbrach. Als dann beide, Krebs und Chiche, nach einer miserablen Fahrt in einem vorsintflutlichen Fahrzeug im Lazarett ankamen, verstarb Krebs. Auf ein Krankenauto für einige Tausend reicht's nicht, aber für hohe Dividende immer noch. Ja, lebende Aktionäre sind mehr wert, als tote Arbeiter. Das zeigte auch Bergverwalter Timmermann ganz unverblümt; denn als er vor den Unglücksort kam, war sein erster Ausruf: **„Ach, Herr Steiger, wo nehmen wir nur die Kohle her?"**

Groß-Waldenburg

Ein Raubüberfall wurde am sogenannten Göpelwege auf zwei aus Landeshut nach Fellhammer zurückkehrende Arbeiterinnen verübt. Sie wurden von zwei jungen Männern mit dem Ruf: „Geld her oder ich schieße!" angehalten. Die Arbeiterinnen schrien um Hilfe. Als die Burschen merkten, daß auf die Rufe der Ueberfallenen ein Mann zu Hilfe eilte, ergriffen sie die Flucht. Die bisherigen Ermittelungen durch die Polizei blieben resultatlos.

Tödlicher Grubenunfall. In der Gustavgrube wurde der Hauer Erich Thamm aus Vogelgesang nach Schichtschluß tot vor seinem Arbeitsort gefunden. Man nimmt an, daß er durch den Geschoßqualm erstickt wurde.

Ein öffentlicher Lichtbildervortrag mit dem Thema „Zehn Jahre Sowjetrußland" findet am Freitag um 19 Uhr im „Edelstein", Waldenburg, statt. Alle Werktätigen sind zum Besuch aufgefordert.

Kundgebung in Altwasser. Am Mittwoch veranstaltet der Rote Frontkämpferbund, der Rote Frauen- und Mädchenbund und die Rote Hilfe eine Kundgebung. Alle Werktätigen sind zur Teilnahme aufgefordert.

Gemeindevertretersitzung in Nieder-Salzbrunn. Die am Donnerstag der vergangenen Woche in Nieder-Salzbrunn stattgefundene Gemeindevertretersitzung befaßte sich mit folgenden Fragen: Die Festsetzung einer Geschäftsordnung wurde mit Mehrheit abgelehnt, da erfahrungsgemäß diese sich stets nur gegen die Arbeiter auswirkt. Bei der Festsetzung der Mietverträge für die Umbauwohnungen in den Egithwerken schlug Genosse Grosser vor, den Quadratmeter für 7,50 Mark jährlich zu vermieten. Dem Antrage des Arbeiter-Turnvereins auf Bezahlung der Saalmiete für das Turnlokal in Höhe von 15 Mark monatlich wurde zugestimmt. Der an eine unbemittelte Frau gezahlte Mietzuschlag wurde niedergeschlagen. Unter Mitteilungen gab der Vorsteher bekannt, daß der Hausmeister in den Egithwerken nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter bezahlt werden soll. Genosse Grosser machte die Gemeindevertreter aufmerksam, daß infolge der vielen Arbeit der Hausmeister vielfach länger als acht Stunden täglich arbeiten muß, und es sei deshalb notwendig, ihm die Ueberarbeit mit Prozentzuschlag zu bezahlen. Dies nahm der Sozialdemokrat Schubert zum Anlaß, zu sagen, daß man die Ueberstunden ins Unendliche hinausziehen könne, und außerdem habe der Hausmeister manche Stunde nichts zu tun. Mit anderen Worten meinte Herr Schubert, daß man den Hausmeister, der von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends auf den Beinen ist, nur für acht Stunden bezahlen müsse. Natürlich konnte Genosse Grosser nicht umhin, die mehr als merkwürdige Auffassung der Sozialdemokraten gebührend zu beleuchten. Die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Antrag der Grauen Schwestern aus dem Ortsteil Sandberg auf eine einmalige Unterstützung zeigte ebenfalls das „arbeiterfreundliche" Gesicht dieser Partei. Auch der Leiter des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Herr Kranz, hatte Gelegenheit, seine wahre Gesinnung zu zeigen. Unser Genosse Grosser stimmte natürlich gegen die Bewilligung. Anschließend an die öffentliche, fand eine geheime Sitzung statt. Arbeiter von Nieder-Salzbrunn, besucht jede Gemeindevertretersitzung. Lernt das wahre Gesicht der Sozialdemokraten und Bürgerlichen kennen.

Schweidnitz

Oeffentliche Anfrage an die zuständigen Behörden.

1. Wie weit ist die Untersuchung der Unterschlagung bei der Schweidnitzer Allgemeinen Ortskrankenkasse gediehen?
2. Wann werden die schuldigen Beamten zur Rechenschaft gezogen und dem Staatsanwalt übergeben?
3. Ist es wahr, daß der Hauptschuldige noch einen Teil seines Gehaltes weiterbezieht?

Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse an der endgültigen Aufklärung.

Was man Arbeitern zumutet. Am 31. Oktober wurde der Kollege J. vom Arbeitsamt Schweidnitz der Wachzentrale Schlesien Abt. Reichenbach als Wächter vermittelt. Ausgemacht wurde ein Monatsgehalt von 80 (achtzig) Mark für den Wachtdienst in der kalten Winterzeit von täglich 10 bis 14 Stunden. Schon hier hätte der Kollege die Arbeit infolge der schlechten Bezahlung verweigern können. Er tat es aber nicht, weil er schon lange erwerbslos mit 12 Mark Unterstützung war. Doch das dicke Ende kam erst. Als erste Vorschußzahlung gab es am 15. November 20 Mark, und dann am 2. Dezember wieder 20 Mark. Also für über fünf Wochen nur 40 Mark. Als der Kollege nun endlich seinen Lohn verlangte, gab ihm die famose Firma Blankoquittungen, damit sollte er sich selbst bei den dem Wachtdienst angeschlossenen Gütern das Restgehalt einkassieren. Nach stundenlangen Bemühungen erhielt er endlich 1,50 Mark (eine Mark und fünfzig Pfennig). Der zur Rede gestellte Wachtinspektor erklärte, kein Geld zu haben. Nun war es dem Kollegen doch zu bunt. Er verzichtete, bei der „kulanten" Firma weiterzuarbeiten. Sein Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung wurde abgewiesen. Er muß erst vier Wochen warten. Am 20. Dezember wurde vom Arbeitsgericht Schweidnitz dann ein Vergleich geschlossen, in dem sich die Firma verpflichtete, bis 5. Januar die 40 Mark nachzuzahlen. Trotzdem erhielt der Bedauernswerte keine Unterstützung, sondern mußte die vierte Woche Wartezeit vollkommen durchmachen. Er hat also im ganzen vom 31. Oktober bis 10. Januar (für über zehn Wochen) nur 40 Mark zum Leben gehabt, hat auch bis heute die restlichen 40 Mark noch nicht erhalten. Wenn er nun aus Not zum Diebe geworden wäre, so hätte sich die bürgerliche Klasse wieder entrüstet. Endlich erhielt er diese Woche die erste Erwerbslosenunterstützung. Was sagt das Landesarbeitsamt zu dieser Einstellung des Arbeitsamtes Schweidnitz?

Niederschlesien

Görlitz

Heute, Dienstag

Auf ins Konzerthaus zum Außlandbericht der Genossin Margarethe Hahne-Breslau. Erscheint in Massen!

1565 Unterstützungsempfänger im Landkreise. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat auch in dieser Woche weiter zugenommen. Allein die Zahl der Unterstützungsempfänger beträgt 1565; die Gesamtzahl der Erwerbslosen ist natürlich noch viel höher.

Vermißt wird seit der Nacht zum 11. d. M. die Stadtgartenbesitzerin Frau Pauline Ullrich, geb. Babok, am 28. 9. 1868 in Meffersdorf, Kreis Löwenberg, geboren. Die Vermißte hat ohne jegliche Angabe ihres Zieles und nur notdürftig bekleidet die Wohnung heimlich verlassen und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Die Angehörigen vermuten, daß sie umherirrt, daß ihr ein Leid zugestoßen ist oder sich selbst angetan hat. Sie ist 1,65 groß und hat graugemischtes Haar.

Sterbegeld und Sterbegeldnachzahlung. Der „Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Görlitz," Schanze 20, teilt folgendes mit: Nach dem Abänderungsgesetz des Reichsversorgungsgesetzes ist an den bisherigen § 50 ein § 50a anzufügen, der besagt, daß beim Tod von Hinterbliebenen Sterbegeld nach den Vorschriften des § 34 gewährt wird, das ein Drittel der dort genannten Sätze beträgt. Nach der Durchführungsbestimmung vom 23. Dezember 1927 wird für Hinterbliebene, die im Zeitpunkt des Todes Hinterbliebenenversorgung nach den Vorschriften des RVG. erhalten, ein Sterbegeld in derselben Höhe gewährt wie für den Beschädigten, dessen Tod nicht die Folge einer Dienstbeschädigung ist, und zwar auch dann, wenn es sich um Empfänger von Rentenbezügen einschließlich der Witwen, Waisen oder Elternbeihilfe handelt oder wenn die Hinterbliebenenbezüge im Wege des Härteausgleiches gewährt werden. Das Sterbegeld für die seit dem 1. Oktober 1927 gestorbenen Hinterbliebenen wird auf Antrag nachgezahlt. Im übrigen gelten die Ausführungsbestimmungen zu § 34 entsprechend. Beachtlich ist hierbei, daß Sterbegeld nicht nur beim Tode von Witwen, sondern bei allen Hinterbliebenen gezahlt wird. Außerdem ist zu beachten, daß die Einschränkungsbestimmungen der Absätze 3, 4 und 5 des § 34 in Anwendung zu bringen sind.

Zehn Bitten der Blindenführerhunde an das Publikum. Der Allgemeine Blindenverein Berlin verbreitet ein Flugblatt, in dem zehn Bitten der Führerhunde ausgesprochen werden, die überall Beachtung finden sollten: 1. Streichelt uns nicht! Ihr lenkt uns ab und erschwert uns unsere Pflicht. 2. Lockt uns nicht! Wir müssen, wo es auch sei, bei unserem Herrn bleiben. 3. Füttert uns nicht! Wir dürfen nur unsern Herrn lieben. Von ihm erhalten wir Nahrung und Leckerbissen genug. 4. Hilfe beim Führen leistet unserem Herrn von der Seite aus, wo wir uns nicht befinden! Helft nicht durch Zupfen und Anfassen, sondern durch Worte. 5. Den Uebergang über eine verkehrsreiche Straße erleichtert uns durch Zuruf, sobald die Straße frei ist. 6. Weichen wir einem Hindernis nicht aus, so rührt es nicht weg, sondern laßt unserem Herrn die Möglichkeit, uns durch Wiederholung des Führens ins Gedächtnis zu rufen, was wir gelernt haben: Den Hindernissen richtig auszuweichen. 7. Achtet auf eigene oder andere Hunde, so daß wir von ihnen nicht belästigt werden. 8. Belästigt uns nicht durch Neugierde! Neugierde verletzt. 9. Wollt ihr euch über uns beschweren, so tut dies bitte bei den Organisationen unserer Herren, den Blindenvereinen. 10. Wir danken euch für jede Hilfe, besonders für die Erfüllung dieser unserer Bitten!

Das unsaubere Rothenburg. Der Schmutz in den Straßen Rothenburgs wird immer schlimmer. Wenn es eine Stunde geregnet hat, so watet man bis zu den Stiefelschäften im Morast. Hinzu kommt noch deren schlechte Anlage. Jeder Stein steht um die Hälfte höher als der andere, die reinsten Terrassenanlagen. Unternehmen die Stadtverordneten gar nichts zur Beseitigung dieser Zustände? Da wären Notstandsarbeiten tatsächlich vorhanden. Man muß selbstverständlich Tarif zahlen, und das Kreisarbeitsamt würde ein Ueberangebot von Arbeitern finden. Ebenfalls sehr schlecht ist die Beleuchtung. Es dürfte nichts schaden, wenn es in Rothenburg in jeder Beziehung etwas „heller" würde.

Grünberg

Genossin Hahne berichtet über Außland. Freitag 20 Uhr spricht Genossin Hahne-Breslau im „Goldenen Frieden" über den Arbeiterstaat Sowjetrußland. Arbeiter und Frauen erscheint in Massen. Bringt Bekannte mit!

Aus den Organisationen. Von KPD. und RFB. wird uns mitgeteilt: Wir machen hiermit bekannt, daß der Arbeiter Karl Hilber nicht mehr Mitglied unserer Organisationen ist.

Sagan

Stadtverordnetensitzung. Am 13. d. M. fand die erste ordentliche Stadtverordnetenversammlung mit 12 Tagesordnungspunkten statt. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Feilhauer gab einen kurzen Rückblick. Es kam dann der Jahresbericht des verflossenen Jahres. Punkt 2: Neuwahl. Es wurden wiedergewählt als 1. Vorsteher Dr. Feilhauer mit 19 Stimmen, 3 Zettel waren unbeschrieben. Als Stellvertreter wurde vorgeschlagen Paul Schmidt (SPD.). Dieser erhielt 22 Stimmen. Als Schriftführer wurde Stadtverordneter Dr. Teichmann, als Stellvertreter Stadtsekretär Fischer mit 19 Stimmen gewählt, 3 Zettel der KPD.-Fraktion waren unbeschrieben. Anschließend kam der Punkt 6: Zahlung von Wirtschaftsbeihilfen bzw. Lohnerhöhung an städtische Arbeiter, zur Sprache. Die Stadtverordnetenversammlung hatte in der Dezembersitzung zum zweitenmal beschlossen, den ständigen städtischen Arbeitern eine Beihilfe von 50 Mark zu gewähren durch ein zinsloses Darlehen. Der Magistrat hatte dem Beschluß nicht Rechnung getragen, sondern die städtischen Arbeiter erhielten nur 30 Mark in Form eines Vorschusses, der durch die geringe Lohnerhöhung (ab 1. Oktober mit 2 Pfennig und ab 1. Dezember mit 3 Pfennig mehr pro Stunde) in Anrechnung gebracht wird, so daß praktisch die Gemeindearbeiter Sagans nichts erhalten haben. Genosse Gaschny erklärte hierzu, daß die kommunistische Fraktion bei der kommenden Etatsberatung den Antrag auf Austritt Sagans aus dem Bezirksverband stellen werde; denn bei den Verhandlungen der einzelnen Städte Sagan, Neusalz, Görlitz, Grünberg usw. komme sowieso nicht viel heraus, sondern es entstehen nur Unkosten durch Autofahrten mit Spesen zu den Verhandlungen. Für die Gemeindearbeiter seien örtliche Verhandlungen besser. Der Antrag des Stadtverordneten Hoffmann (SPD.) sowie des Gen. Geppert, den Gemeindearbeitern wenigstens nachträglich die 50 Mark zu geben, wurde abgelehnt gegen 9 Stimmen der SPD. und KPD. Erster Bürgermeister Dr. Kolbe erwiderte auf die Ausführungen des Stadtverordneten Hoffmann (SPD.) wörtlich: „Herr Stadtverordneter Hoffmann, ihr eigener Parteigenosse Bürgermeister Dr. Tröger-Neusalz lehnte bei den Verhandlungen grundsätzlich eine Wirtschaftsbeihilfe ab. Er ist doch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei." (Die Tribünenbesucher wurden unruhig und machten einige Bemerkungen.) Dieser Ausspruch eines sozialdemokratischen Bürgermeisters beweist uns erneut die praktische Arbeit dieser Leute hinter den Kulissen. Staats- und Gemeindearbeiter, merkt Euch das zur kommenden Zeit.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden 500 Mark zur Erweiterung der Grünanlagen nachbewilligt. Den Kosten in Höhe von 5300 Mark zum Bau einer Autogarage auf dem Krankenhausgrundstück für das Krankenauto und die Uebernahme sämtlicher Betriebskosten einschließlich der Anstellung eines Chauffeurs wurde zugestimmt. Dem Genossen Gaschny erschienen 5300 Mark zum Bau der Garage sehr hoch, und er fragte an, wieviel Autos in der Garage untergebracht werden sollen, ob vielleicht ein zweites für den Magistrat vorgesehen sei. Dr. Kolbe gab indirekt zu, daß man sich mit der Anschaffung eines zweiten Autos „befasse". Der Stadtverordnetenvorsteher verlas zum Schluß noch einen Dringlichkeitsantrag der KPD.-Fraktion, in dem Erhöhung der Richtsätze des Wohlfahrtsamtes für Sonderzuwendungen an Erwerbslose gefordert wurde. Der Antrag wurde dem Magistrat überwiesen. Genosse Geppert begründete die Dringlichkeit und ersuchte um Zustimmung. Er verlangte vor allem, daß nicht wieder eine Verschleppung eintrete und forderte sofortige Festsetzung der Richtsätze, was gegen die Stimmen der SPD. und KPD. abgelehnt wurde, wonach der Vorsteher die Versammlung schloß.

K. Geppert.

Bunzlau

Petri kommt ins Irrenhaus. Oberprimaner Petri von hier, der die Schülerin Hanke erschossen hat, ist außer Verfolgung gesetzt worden, weil nach dem Gutachten des Liegnitzer Kreismedizinalrates Dr. Straube die Voraussetzungen des § 51 StGB. vorliegen, Petri also zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig war. Deshalb wurde auch der Haftbefehl gegen Petri aufgehoben und Petri aus der Liegnitzer Untersuchungshaft entlassen. Petri wird sich in Kürze in eine Heil- und Pflegeanstalt begeben.

* **Grausame Tierquälerei in Steinau a. O.** Auf einem Gute bei Steinau a. O. erkrankten sechs Pferde, von denen vier bereits eingegangen sind. Der tierärztliche Befund ergab Verblutung infolge Durchstoßens des Mastdarmes als Todesursache. (Offenbar hat der Gloganer Tierquäler schon in der Provinz Nachahmer gefunden.)

Briefkasten

Gorlau. P. N. Gewünschte Adresse ist: Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Breslau, Schuhbrücke 33.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate B. Gerber Breslau.